



OMV

Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle

Bundesdelegiertentagung 2021

25. Juni 2021 | digital





Vorwort

Das vergangene und das aktuelle Jahr waren und sind für unser Land, unsere Parteien und unsere Vereinigung eine Zeit immenser Herausforderungen. Die Corona-Pandemie stellt Deutschland und die ganze Welt vor eine historische Prüfung. CDU und CSU haben durch ihre Krisenbewältigung bewiesen, dass auf sie in schwierigen Zeiten Verlass ist.

Gleichzeitig hat die Corona-Krise viele Herausforderungen wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht. Auch die OMV hat die Chancen der Krise genutzt und ist in der digitalen Parteiarbeit wichtige Schritte vorangekommen. Bundes- und Landesvorstände haben digital getagt. Einige Schwerpunktveranstaltungen konnten digital durchgeführt werden. Und wir haben uns – schweren Herzens – aufgrund der in der Vorplanungsphase sehr unklaren Pandemie-Lage dazu entschlossen, unsere diesjährige Bundesdelegiertentagung mit Neuwahl des Bundesvorstandes ebenfalls digital durchzuführen.

Der vorliegende Geschäftsbericht gibt einen Überblick über unsere Arbeit in den Gremien, über wichtige Themen und Veranstaltungen sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle.

Der Beginn von Flucht und Vertreibung und das Ende des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieges liegen nun mehr als ein Dreivierteljahrhundert zurück. Die Verbannung und Deportation der Russlanddeutschen gar 80 Jahre. 70 Jahre ist die Charta der deutschen Heimatvertriebenen im letzten Jahr alt geworden.

Und dennoch bestehen viele unserer Anliegen und Ziele fort: in der Verständigungspolitik, im Kulturerhalt und der konkreten Kulturarbeit der Vertriebenen, in der Erinnerungs- und Bildungspolitik, in der Integrations- und Sozialpolitik und auch in der Unterstützung der deutschen Minderheiten in unseren Nachbarländern.

In diesem Jahr gilt es, die programmatischen Fundamente zu legen, um mit einem Wahlkampf „auf den Punkt“ am Ende erneut stärkste politische Kraft bei der Bundestagswahl im September zu werden. So stark, dass eine Regierung ohne CDU/CSU nicht möglich ist. Dafür wollen auch wir als OMV uns einsetzen.



Egon Primas
Bundesvorsitzender



Klaus Schuck
Hauptgeschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

Gremienarbeit	7
Bundesdelegiertentagung am 18./19. Oktober 2019 in Berlin	9
Bundesvorstandssitzungen	17
Sitzung des Bundesvorstandes am 2. Dezember 2019 in Frankfurt am Main	17
Telefonkonferenz am 21. April 2020.....	18
Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 24. Juni 2020	19
Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 26. November 2020	21
Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 26. Februar 2021	22
Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 7. Mai 2021	23
Weitere Gremienarbeit.....	24
CDU-Bundesvorstand und Antragskommission	24
Satzungs- und Strukturkommission der CDU Deutschlands	24
Konferenz der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer der CDU Deutschlands	24
Bundesfachausschüsse der CDU Deutschlands	25
Sitzungen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten	25
OMV-Bundesvorstand (gewählt am 18./19. November 2019)	26
Veranstaltungen und Kontakte.....	27
Parteitage und Parteiveranstaltungen	29
32. Parteitag der CDU Deutschlands am 22./23. November 2019 in Leipzig	29
33. Parteitag der CDU Deutschlands am 15./16. Januar 2021 digital	31
Vereinigungen diskutieren über geplantes Grundsatzprogramm am 14. Januar 2020	31
Diskussion zur Zukunft der Aussiedlerarbeit in der CDU Deutschlands am 10. Februar 2020 ...	33
Digitalkonferenz für Aussiedler am 27. Februar 2021	34
Politische Kontakte	36
CDU-Vereinigungen, CDU- und OMV-Landesverbände.....	36
Bundesregierung	36
Landesregierungen	37
Vorpolitischer Raum: Verbände im In- und Ausland	37

Themen und Beschlüsse	39
Wichtige Themen und Arbeitsstände	41
Anerkennungsleistung für zivile deutsche Zwangsarbeiter	41
Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen	41
Aufnahme und Beheimatung von Spätaussiedlern	42
Bildungspolitische Impulse	42
Förderung der deutschen Minderheiten	43
Heimat als Menschenrecht und Vertreibungsverbot	43
Kulturarbeit nach § 96 BVFG	43
Rentenungerecht bei Aussiedlern und Spätaussiedlern	44
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	44
Sudetendeutsches Museum in München	45
Verständigungspolitische Einsatz der Vertriebenen und ihrer Verbände	45
Wahl- und Regierungsprogramme sowie Grundsatzprogramm	46
Zur Entwicklung der OMV zwischen Oktober 2019 und Juni 2021	46
Beschlüsse der Bundesdelegiertentagung am 18./19. Oktober 2019	48
Beschluss 1	48
Beschluss 2	48
Beschluss 3	48
Verfahren	49
Bundesgeschäftsstelle	51
Arbeit der Bundesgeschäftsstelle	53
Inhaltliche Arbeit	53
Präsentation der OMV bei Veranstaltungen	54
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	55
Personal der Bundesgeschäftsstelle	55
Finanzielle Mittel	56
Anlage: Pressemitteilungen im Berichtszeitraum	57

Hinweis: Redaktionsschluss war der 17. Juni 2021.





Gremienarbeit



Bundesdelegiertentagung am 18./19. Oktober 2019 in Berlin



Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer spricht zu den OMV-Delegierten.

„Für Freiheit, Frieden und Verständigung – Vertriebenenpolitik 30 Jahre nach dem Mauerfall“ hatte sich die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – für ihre Bundesdelegiertentagung 2019 als Leitwort auf die Fahnen geschrieben. Die Tagung, auf der entsprechend dieses Leitwortes Bilanz gezogen und offene Anliegen thematisiert wurden, fand am 18./19. Oktober 2019 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus statt.

Kramp-Karrenbauer: „Heimat ist ein Menschenrecht“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, stellte sich demonstrativ an die Seite der OMV und ihrer Mitglieder und bekannte in ihrer Rede: „Heimat ist ein Menschenrecht. Heimat ist ein zutiefst menschliches und im eigenen Herzen verankertes Gefühl – eine Sehnsucht, die einen ein Leben lang nicht mehr loslässt.“

Heimatverlust wiederum sei eine Wunde, die einen auch nach Jahrzehnten nicht mehr loslasse. Vor diesem Hintergrund sei es umso höher einzuschätzen, dass die Vertrie-

„
„**Heimat ist ein Menschenrecht. Heimat ist ein zutiefst menschliches und im eigenen Herzen verankertes Gefühl – eine Sehnsucht, die einen ein Leben lang nicht mehr loslässt.**“

*Annegret Kramp-Karrenbauer
CDU-Vorsitzende*

benen dies als Verpflichtung angenommen hätten und nie diejenigen waren, „die der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten im Wege gestanden haben. Sie waren diejenigen, die die Brücke gebaut haben.“

Diese historischen und aktuellen Brücken würden nach wie vor gebraucht, erklärte Kramp-Karrenbauer und verdeutlichte aus ihrer Perspektive als Bundesverteidigungsministerin, dass gerade die baltischen Staaten heute einen Großteil ihres Vertrauens in Deutschland und seine Rolle in der Europäischen Union setzen. Dies gelte auch und insbesondere für die Sicherheitspolitik.

Innerdeutsch könne die Eingliederungs- und Wiederaufbauleistung, die von den Vertriebenen und Aussiedlern selbst erbracht worden ist, ein Beispiel für Integration in der heutigen Zeit sein. Die Bedingungen seien zwar unterschiedlich, zumal heute immer wieder betont werden müsse, dass die gemeinsame Sprache sowie Kenntnis und Anerkennung der hierzulande geltenden Regeln eine Voraussetzung für die gelingende Integration sind. Dennoch hätten die Vertriebenen trotz schwierigster Lage und traumatischer Erfahrungen einen Weg in die Zukunft gefunden.

Vogel: Leidenschaftliches Bekenntnis zu Europa

Der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, hatte zunächst Lob für den OMV-Bundesvorsitzenden Egon

Dr. Bernhard Vogel zusammen mit Egon Primas und Christoph Zalder bei der OMV-Delegiertentagung 2019.



Primas sowie den OMV-Ehrenvorsitzenden Helmut Sauer (Salzgitter) im Gepäck: Primas sei ein „Mann der ersten Stunde“, der in Thüringen viel dazu beigetragen habe, dass die Deutsche Einheit gestaltet werden konnte. Mit Sauer habe er sich in jahrelanger gemeinsamer Tätigkeit im CDU-Bundesvorstand viel über die Themen der OMV ausgetauscht.

In diesem Sinne brachte Vogel seine tiefe Verbundenheit mit den Anliegen der Ost- und Mitteldeutschen zum Ausdruck. Er würdigte die Aufbauleistung, die von den Vertriebenen im Einklang mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen erbracht wurde.

Aber auch an der Deutschen Einheit hatten die Vertriebenen und ihre Verbände entscheidenden Anteil. Sie hätten in Westdeutschland stets darauf hingearbeitet und früh Brücken zu den Menschen in Mitteldeutschland gebaut, von denen der Unrechtsstaat DDR mit friedlichen Mitteln niedergerungen werden konnte. Insbesondere teilte Vogel aber das leidenschaftliche Bekenntnis – auch der OMV – zu Europa und zur grenzüberschreitenden Verständigung.

Mit Blick auf populistische Äußerungen von links und rechts sei die Erkenntnis notwendig, dass Globalisierung – die Welt als Dorf – gerade nicht heimatfeindlich sei. Wer in der modernen Welt erfolgreich sein will, der müsse besonders tiefe Wurzeln schlagen und Deutschland wie Europa als seine Heimat begreifen.

Eckhard Pols MdB bei seinem Grußwort an die OMV-Delegierten.



Pols: Gemeinsames Engagement mit der OMV

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckard Pols ging in einem kurzen Grußwort auf aktuelle Herausforderungen der Vertriebenenpolitik ein und lobte die Zusammenarbeit zwischen OMV und Gruppe als „sehr vertrauensvoll“.

Gemeinsam bemühe man sich um eine moderne Erinnerungs- und Kulturpolitik, nehme die Anliegen der deutschen Minderheiten auf und bemühe sich um Verbesserungen in der Spätaussiedler-Integration bzw. suche nach Lösungen für soziale Missstände in diesem Bereich.

So sei man z.B. nach wie vor gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, und dem zuständigen Bundestagsausschuss wegen Verbesserungen im Fremdrentenrecht im Gespräch mit dem SPD-geführten-Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Aber auch Aufbau und Eröffnung der Dauerausstellung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ habe die Gruppe auf dem Schirm. So solle nach der geplanten Übergabe des Deutschlandhauses an die Stiftung der Einbau und die Eröffnung der Ausstellung bis spätestens Sommer 2021 erfolgen.

Primas: Freiheit in Europa erhalten

Der OMV-Bundesvorsitzende selbst zog eine positive Bilanz aus der Arbeit der vergangenen zwei Jahre und bekannte sich leidenschaftlich zu dem mit dem diesjährigen Leitwort verbundenen Auftrag – „auch fast 75 Jahre nach Kriegsende und dem Beginn von Flucht und Vertreibung, fast 70 Jahre nach der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen und 30 Jahre nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges“.

Die Aktualität der Themen lasse sich etwa an der „Unrechtsstaatsdebatte“ erkennen. „Natürlich gab es auch Dinge, die gut funktionierten in der DDR“, sagte Primas als Thüringer, doch betonte er gleichzeitig: „Aber das setzt doch das Unrecht nicht außer Kraft, das der DDR quasi ins Erbgut geschrieben war!“ Diese zeige sich bei der Betrachtung sämtlicher Ebenen staatlichen Handelns und erstrecke sich auch auf den privaten Bereich. Gerade auch die Vertriebenen, die nach dem Krieg ohne Aufarbeitung ihres Schicksals einfach in die DDR-Gesellschaft assimiliert worden seien, hätten darunter sehr gelitten.

Die Überwindung der Unrechtsregime in Europa habe eine der wichtigsten Visionen der Charta der deutschen Heimatvertriebenen greifbar gemacht: die eines freien und geeinten Europa. Hierfür hätten sich die Vertriebenen von Beginn an eingesetzt, und nach wie vor sei dies eine Grundlage ihrer grenzüberschreitenden, gemeinsam mit den deutschen Minderheiten in der Heimat geleisteten Arbeit – mit der Zielrichtung, die Freiheit zu sichern. „Das neue Miteinander mit dem Ziel eines geeinten Europa – dieser nach innen wie außen wirkende, fortwährende Einsatz für Verständigung –

sorgte und sorgt dafür, dass uns diese Freiheit erhalten bleibt“, so der OMV-Bundesvorsitzende.

Gemeinsame Anliegen seien zudem der Kulturerhalt und das Bewusstsein für die eben auch deutsch geprägte Geschichte Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas. Hier müsse die Überzeugung, dass „die Kulturträger selbst – beiderseits der Grenzen – in ihrer eigenen, vielseitigen Arbeit und in der Schaffung neuer Kulturleistungen zu unterstützen“ seien, im partnerschaftlichen Ansatz der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) noch deutlicher werden.

Aber auch fast 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung und 30 Jahre nach dem Mauerfall habe man noch immer auch soziale Themen mit auf dem Schirm: So sei die Rentensituation der Aussiedler nicht mit modernen Schlagworten wie „Generationengerechtigkeit“, „Respektrente“ oder „Lebensarbeitsleistung“ zu beschreiben. Gesetzliche Regelungen der Vergangenheit würden heute dazu führen, dass Aussiedler und Spätaussiedler trotz eines harten Arbeitslebens und trotz einer Kinder- und Enkelgeneration, die viel in die Rentenkasse einzahlt, oft einen Rentenanspruch unterhalb der Grundsicherung hätten. Hier gelte es insbesondere für das BMAS, seiner Regierungsverantwortung gerecht zu werden und das Altersarmutsrisiko abzumildern.

Zusammenfassend und nochmals Bezug auf das Leitwort nehmend erklärte Primas, dass „die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in ihren Verbän-

Roland Jahn bei seiner Ansprache.



den, aber gerade auch in unseren Unionsparteien und in der OMV einen wichtigen Teil dazu beigetragen haben, dass die Vereinigung von BRD und DDR gelingen konnte. Denn sie waren es, die das Ziel, die deutsche Teilung zu überwinden, stets im Blick behalten haben. Und sie waren über viele Jahrzehnte außerdem wichtige Ansprechpartner für die Menschen, denen die Flucht oder die Aussiedlung aus der DDR oder den anderen Unrechtsstaaten im Osten gelang. Sie wurden von links als Revisionisten verurteilt – und waren doch eigentlich Visionäre“.

Jahn: Weiterentwicklung der Stasi-Unterlagenbehörde

Der Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Roland Jahn, verdeutlichte den Unrechtscharakter der DDR anhand einiger biografischer Erlebnisse. Perfide sei es u.a. gewesen, dass man den Menschen die Selbstbestimmung genommen habe. Die einen, so Jahn, wollten in den Westen und durften nicht – die anderen wollten gar nicht weg und wurden abgeschoben. Zur letzten Gruppe habe er gezählt.

Aus heutiger Sicht sei es bemerkenswert, dass die gleichen Menschen, die den friedlichen Machtwechsel mit ihren Protesten erreicht hatten, auch die Stasi-Unterlagen eroberten und mit ihrem oft persönlich motivierten Interesse zu einer Art „öffentlichem Archivgut“ machten. Auch heute noch würden Monat für Monat ca. 4.000

Podium zu Aussiedlerthemen mit Länderbeauftragten und LmDR-Bundesvorsitzendem.





Anträge zur Akteneinsicht gestellt, erklärte der Beauftragte zum ungebrochenen Interesse der Bürger an der Arbeit seiner Behörde.

Daher solle sich diese Arbeit in Zukunft weiterentwickeln: Aus einem Beauftragten für Akten müsse ein Beauftragter für Menschen – für die Opfer des SED-Unrechts – werden, indem u.a. die Aktenverwaltung gemeinsam mit dem Bundesarchiv erfolge, die Bestände der SED-Akten in Lichterfelde sowie der Zentralen Erfassungsstelle für SED-Unrecht in Salzgitter mit einbezogen würden und der Beauftragte sich dann verstärkt um „die erlebte Geschichte“ – um Zeitzeugen und die Aufarbeitung und Sühnung von Unrecht – kümmern könne.

Aussiedlerbeauftragte mit Landsmannschaftsvorsitzendem im Gespräch

Drei Aussiedlerbeauftragte der Bundesländer nutzten die Gelegenheit sich und ihre Arbeit im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit offener Fragerunde den OMV-Delegierten vorzustellen. Dies waren Margarete Ziegler-Raschdorf, die Beauftragte der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Heiko Hendriks, der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, sowie Editha Westmann MdL, die Beauftragte der niedersächsischen Landesregierung für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Hinzu kam als Vertreter der Betroffenen der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR), Johann Thießen.

Ziegler-Raschdorf wies auf ihre Scharnierfunktion zwischen der Landesregierung und den Vertriebenenverbänden hin. Erfolgreich vermittele sie, dass Arbeit und Anliegen des BdV und der Landsmannschaften in Hessen Anerkennung und Förderung verdienen. Patenlandsmannschaften in Hessen seien Wolgadeutsche, die Deutsch-Balten und Weichsel-Warthe. Ein stetig wachsendes Fördervolumen sei Zeugnis der guten Arbeitsatmosphäre in Hessen.

NRW wiederum pflege zu den Siebenbürger Sachsen und den Oberschlesiern patenschaftliche Beziehungen, so Hendriks. Die aktuelle Landesregierung habe diese reaktiviert und wolle die Chancen dieser Patenschaften politisch nutzen. Auch hier seien Unterstützungsprogramme neu aufgelegt und fördermäßig aufgesattelt worden. Hiervon profitierten derzeit u.a. auch der BdV-Landesverband sowie ein Projekt zur Digitalisierung der Heimatstuben.

Westmann betonte, dass in Niedersachsen die Arbeit unter Rot-Grün brachgelegen habe. Unter SPD-CDU-Führung versuche das Land die Patenschaft über die Schlesier mit neuen Impulsen zu bereichern. So seien ein Verbindungsbüro und vermehrte Veranstaltungen der Landsmannschaft in Hannover geplant.

Für die LmDR erklärte Thießen, dass die Patenschaft des Landes Baden-Württemberg ein wichtiges Element der Arbeit sei, zumal auch die Geschäftsstelle in Stuttgart liege. Im aktuellen Jahr sei die LmDR außerdem als Träger der politischen Bildung von

der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannt worden. Wichtigstes politisches Thema sei jedoch nach wie vor die Rentensituation.

Wahl des neuen Bundesvorstandes

Bei den turnusgemäßen Vorstandswahlen wurde der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas, thüringischer Landtagsabgeordneter und stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzende, mit fast 97 Prozent der Delegiertenstimmen als Vorsitzender der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler wiedergewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden gewählt: Dr. Bernd Fabritius (Bayern, neu als Stellvertreter), Rüdiger Goldmann (NRW, Wiederwahl), Albina Nazarenus-Vetter (Hessen, neu), Heiko Schmelzle (Niedersachsen, Wiederwahl) und Christoph Zalder (Baden-Württemberg, Wiederwahl).

Schatzmeisterin bleibt Iris Ripsam (Baden-Württemberg). Als Hauptgeschäftsführer wurde Klaus Schuck (NRW) wiedergewählt.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern, Wiederwahl), Adolf Braun (Sachsen, Wiederwahl), Andreas Hofmeister MdL (Hessen,

Der am 19. Oktober 2019 gewählte OMV-Bundesvorstand.



neu), Werner Jostmeier (NRW, Wiederwahl), Christa Matschl (Bayern, neu als Beisitzerin), Fedor M. Mrozek (Schleswig-Holstein, Wiederwahl), Nikolaus Poppitz (Rheinland-Pfalz, neu) und Johann Thießen (Hessen, neu).

Bundesvorstandssitzungen

Sitzung am 2. Dezember 2019 in Frankfurt am Main

Zu seiner Jahresabschluss-Sitzung kam der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 2. Dezember 2019 in den Räumen der IHK Frankfurt am Main zusammen. Als IHK-Präsident eingeladen hatte Ulrich Caspar, Vorsitzender der hessischen Union der Vertriebenen der CDU. Thematisch standen, dem Tagungsort entsprechend, Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler im Fokus. Insbesondere ging es um die aktuelle Situation in der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen aus dem Ausland.

Der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas erklärte in einer kurzen Einführung, dass die gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sich in der Vergangenheit zusehend verbessert hätten. Zur Gleichwertigkeitsfeststellung von Berufs-

Der OMV-Bundesvorstand tagte u.a. mit dem Präsidenten der IHK Frankfurt, Ulrich Caspar.



und Bildungsabschlüssen durch das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) sei die Möglichkeit der Anerkennung von Berufsabschlüssen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) gekommen. Auch im Hinblick auf Bildungsabschlüsse sei Manches vereinheitlicht worden. Dieser Prozess müsse fortgesetzt werden, gerade vor dem Hintergrund der Länderzuständigkeit, die noch immer zu regional unterschiedlichen Anerkennungsergebnissen führe. Dies bestätigte sich im folgenden Erfahrungsaustausch.

Ulrich Caspar und Dr. Brigitte Scheuerle, Geschäftsführerin des Bereiches Aus- und Weiterbildung der IHK Frankfurt, berichteten über die positiven Erfahrungen mit der von den deutschen IHKs eigens zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse eingerichteten „virtuellen“ IHK FOSA (Foreign Skills Approval). Auch die Zusammenarbeit mit den Jobcentern in Frankfurt und Umgebung sowie mit anderen Trägern verlaufe erfolgreich.

Aus der Perspektive der Beratungspraxis äußerten sich die neue stellvertretende OMV-Bundesvorsitzende, Albina Nazarenus-Vetter, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) ist, sowie der neue Beisitzer im Bundesvorstand, Johann Thießen, der LmDR-Bundesvorsitzende. Hier zeigte sich, dass Nachholbedarf in der Anerkennung von Bildungsabschlüssen bestehe. So sei die Anerkennungsquote für Erzieher und Erzieherinnen bzw. Grundschullehrer und Grundschullehrerinnen in Hessen sehr gering, obwohl hier Potenziale existierten.

Im Gespräch zeigte sich, dass hier möglicherweise die Erfahrungen anderer Bundesländer helfen könnten. So gebe es z.B. in Hamburg Anpassungsqualifizierungen für Lehrkräfte mit ausländischer Berufsqualifikation. Es gelte daher, sowohl die vorhandenen Potenziale sichtbarer zu machen als auch Verantwortliche verschiedener Länder miteinander in Kontakt zu bringen, um die Anerkennungspraxis weiter zu verbessern.

Am Rande der Vorstandssitzung ergab sich die Gelegenheit zu einem kurzen Besuch im Kaisersaal des Frankfurter Römers und einem Austausch mit dem Stadtrat und CDU-Kreisvorsitzenden Jan Schneider. Außerdem wurde die bis 2019 amtierende, stellvertretende OMV-Bundesvorsitzende Gudrun Osterburg würdig aus der Mitarbeit im Bundesvorstand verabschiedet.

Telefonkonferenz des Bundesvorstandes am 21. April 2020

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen gehen auch an der Arbeit der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – nicht spurlos vorbei. Dies betonte der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas in einer Telefonkonferenz des Bundesvorstandes am Abend des 21. April 2020 und wies darauf hin, dass viele der Teilnehmer bei normaler Terminlage an diesem Abend eigentlich beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen wären und die Gelegen-



heit zum persönlichen Gespräch nutzen würden. Dieser hatte jedoch entsprechend der behördlichen Regelungen – wie viele andere Veranstaltungen wahrscheinlich bis Ende August – abgesagt werden müssen.

Die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Verbände trafen die Einschränkungen des öffentlichen Lebens besonders hart, so Primas. Traditionell sei die Pfingstzeit Anlass für die landsmannschaftlichen Treffen etwa der Sudetendeutschen, der Siebenbürger Sachsen oder der Banater Schwaben. Am 20. Juni finde seit 2015 in Berlin die Gedenkstunde zum nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung statt, die in diesem Jahr sicher zumindest nicht wie üblich begangen könne. Außerdem stehe zu erwarten, dass vom BdV für den 5. August in Stuttgart angesetzte Festakt zum Jubiläum „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ nur medial stattfinden könne und die Präsenzveranstaltung auf das kommende Jahr verschoben werden müsse. Dies alles sei sehr bedauerlich, doch gelte es jetzt, Leben zu schützen, Risiken zu minimieren und die Ausbreitung des Virus nachhaltig zu stoppen.

Die Gremienarbeit der CDU und der OMV, aber auch der Vertriebenenverbände werde jedoch selbstverständlich fortgesetzt, betonte der Bundesvorsitzende. Telefon- und Videokonferenzen blieben noch bis September das Mittel der Wahl, erklärte Primas und stellte weitere telefonische Beratungen des OMV-Vorstandes zu vertriebenenpolitischen Themen in Aussicht. Zusammenfassend berichtete er über die Ergebnisse der letzten CDU-Bundesvorstandssitzung. Dann ging der Vorsitzende auf die Arbeit der Struktur- und Satzungskommission ein. Die Interessen der OMV werden darin durch ihn, Schatzmeisterin Iris Ripsam und – in seiner Funktion als Schatzmeister der Jungen Union – Philipp Amthor MdB vertreten.

Ein wichtiges Thema, über das sich der OMV-Bundesvorstand in seiner Telefonkonferenz austauschte, war die Zukunft der Aussiedlerarbeit in der CDU. Zu deren Konzeption hatte ein kleiner Kreis von Fachleuten aus den Reihen der OMV und der Landesnetzwerke bereits im Februar in Berlin getagt. Egon Primas empfahl, den daraus entstandenen Konzeptentwurf nun gemeinsam mit dem OMV-Bundesvorstand weiterzubearbeiten. Ein gemeinschaftlich mehrheitsfähiges Papier sei eine gute Basis für erneute Beratungen mit der Partei. Klar sei, dass CDU/CSU und OMV auch zukünftig den Aussiedlern und Spätaussiedlern eine politische Heimat bieten müssen, mahnte Primas.

Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 24. Juni 2020

Nach wie vor werde der Arbeitsrhythmus der der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – von der Corona-Pandemie mitbestimmt, erklärte der OMV-Bundesvorsitzende, Egon Primas, in der ersten Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 24. Juni 2020. Präsenztreffen seien nur unter großen Auflagen möglich. Der gesundheitliche Schutz der

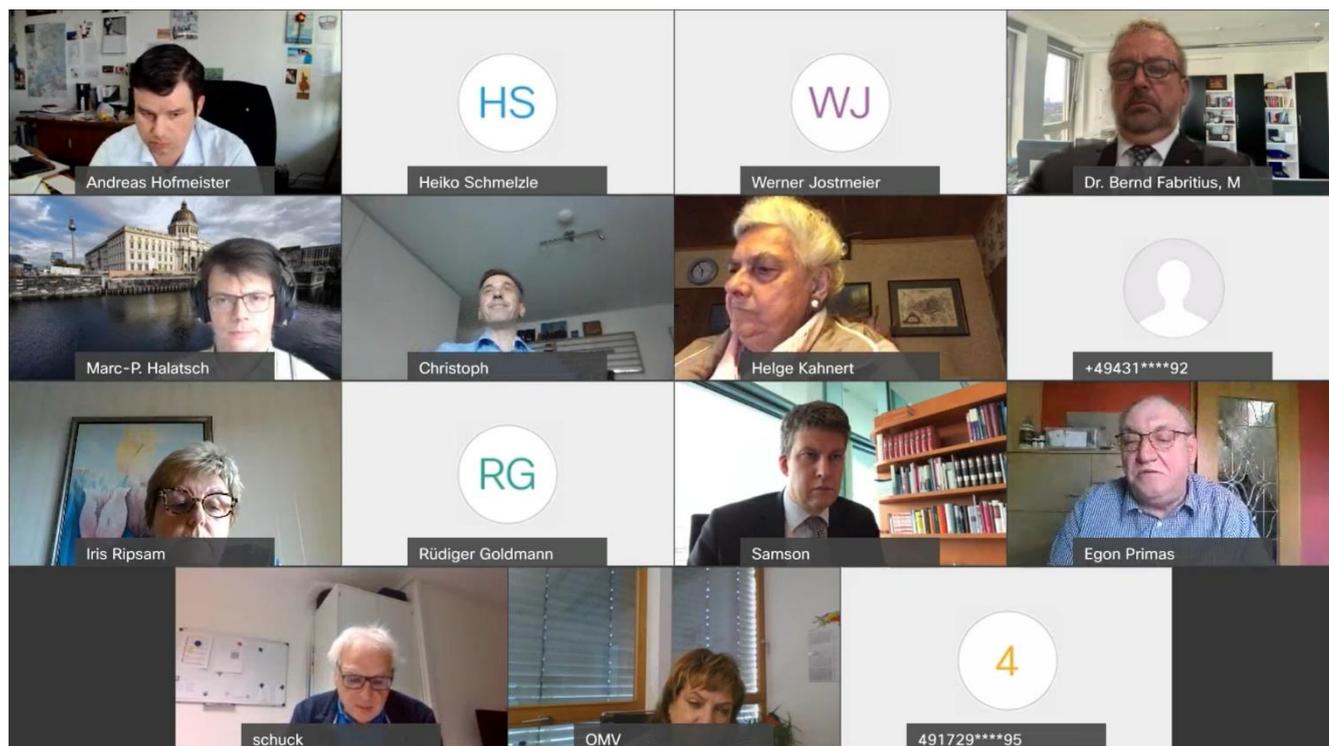
Mitmenschen stehe an erster Stelle. Die CDU habe sämtliche Bundesvorstandssitzungen zunächst bis Ende der parlamentarischen Sommerpause in den digitalen Raum verlegt. Dies gelte entsprechend für die Arbeit der Struktur- und Satzungskommission und der Bundesfachausschüsse. Auf diesem Wege gingen politische und programmatische Arbeit weiter.

Die Pfingsttreffen der Sudetendeutschen, der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben seien verschoben bzw. digital ausgerichtet worden. Und auch das Bundesministerium des Innern (BMI) habe die alljährliche Gedenkstunde zum nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2020 absagen müssen.

Ein Lichtblick, so Primas, sei die Planung des Jubiläums „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ durch den Bund der Vertriebenen (BdV). Hier habe sich das Präsidium für eine Verschiebung des Gedenkens „ins Freie“ entschlossen: Am 5. August 2020 werde im kleinen Kreis am Charta-Denkmal in Stuttgart-Bad Cannstatt der Charta-Verkündung gedacht.

Als Gast begrüßte Egon Primas den Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhard Pols. Die Zusammenarbeit zwischen Gruppe und OMV sei eng; dadurch ließen sich viele Dinge gemeinsam voranbringen. Derzeit berate man sich etwa über mögliche Inhalte des geplanten CDU-Grundsatzprogrammes sowie über die Rentensituation der (Spät-) Aussiedler, zumal diese Gegenstand des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD sei.

Webex-Konferenz des OMV-Bundesvorstandes.





Eckhard Pols betonte ebenfalls den engen Kontakt zur OMV und berichtete kurz aus der Arbeit der Gruppe. So gelte es im Jubiläumsjahr „75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges“ und „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ erinnerungspolitische Akzente zu setzen, in denen die Rolle der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der Geschichte, aber auch als Brückenbauer deutlich werde. Wichtig sei es außerdem, dass die Bundesregierung ihre Zusage einhalte und die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Jahr 2021 endlich ihre Dauerausstellung eröffne. Gemeinsam mit Dr. Bernd Fabritius in seiner Funktion als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung setze man sich außerdem für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung ein, aufgrund derer Härtefälle im Bereich der Spätaussiedlerrenten abgemildert werden sollen. Dies lasse sich am besten über das bestehende Instrumentarium des Fremdrentengesetzes (FRG) bewerkstelligen, jedoch sperre sich das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gegen eine solche Lösung.

Einig waren sich OMV und Gruppe darin, dass programmatische Kernsätze zur Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik auch in ein neues Grundsatzzprogramm der CDU Deutschlands gehörten, um auch zukünftig eine gute politische Vertretung der Ziele dieser Wählergruppen zu gewährleisten.

Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 26. November 2020

Der coronabedingt abgesagte Parteitag mit Neuwahl des Bundesvorsitzenden bzw. des Bundesvorstandes sowie das sich nach wie vor im Gestaltungsprozess befindende neue CDU-Grundsatzprogramm waren die zentralen Themen einer Webex-Konferenz des Bundesvorstandes der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 26. November 2020.

Der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas erklärte, die CDU plane ersatzweise einen volldigitalen Parteitag zu Beginn des Jahres 2021, um die drängende Frage der Nachfolge an der Parteispitze zeitnah zu klären. Die Ergebnisse des digitalen Parteitages müssten im Nachgang per Briefwahl „analog“ bestätigt werden.

Die drei Kandidaten für den Parteivorsitz – Armin Laschet, Friedrich Merz und Dr. Norbert Röttgen – seien sämtlich kompetente und zugewandte Ansprechpartner für die OMV und hätten dies per Brief bzw. im Falle von Friedrich Merz per Videobotschaft deutlich gemacht. Die Botschaften würden den Landesverbänden zur Kenntnis gegeben.

Mit der veröffentlichten Entwurfsfassung des Grundsatzprogrammes könne man jedoch nicht zufrieden sein, so Primas weiter. Für die OMV und auch viele andere Stimmen in der CDU sei das Grundsatzprogramm ein programmatisches Fundament, von dem aus Wahl- und Regierungsprogramme, Mitglieder- und Wähleransprache entwickelt würden. Daher sei es nötig, dass Positionierungen auch in den von den Vereinigungen bespielten Themen in die weitere Arbeit noch deutlicher einfließen.

Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen, ergänzte als stellvertretender OMV-Bundesvorsitzender, dass auch beim Thema „Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern“ noch Handlungsbedarf bestehe. Hier bleibe es das Ziel, die Beseitigung rentenrechtlicher Nachteile voranzutreiben, wie es im aktuellen CDU/CSU-Regierungsprogramm gefordert wurde. Die Einbeziehung der Zielgruppen in die Regelungen zur Grundrente habe zwar eine gute Wirkung erzielt, betonte Fabritius und ergänzte: „Das Glas ist dreiviertelvoll!“ Jedoch seien weitere Korrekturen benachteiligender gesetzlicher Bestimmungen nötig. Die SPD sperre sich gegen eine gerechte Lösung im Sinne der Betroffenen und beharre auf einer sachfremden Herangehensweise über einen Härtefallfonds. Sollte dieser in Betracht gezogen werden, müsse er eine angemessene Leistungssumme für die Betroffenen zur Verfügung stellen.

Die CDU, so berichtete Egon Primas aus einem Gespräch mit CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak MdB, wolle sich auch weiterhin ihrer Verantwortung für die Aussiedler und Spätaussiedler stellen und die OMV zukünftig in der Planung und Durchführung zielgruppenspezifischer Veranstaltungen unterstützen.

Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 26. Februar 2021

In seiner Webex-Konferenz am 26. Februar 2021 beschäftigte sich der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – u.a. mit der Planung der satzungsgemäß in diesem Jahr anstehenden OMV-Bundesdelegiertentagung. Dabei wurde als Termin hierfür der 25. Juni 2021 festgelegt, um einen deutlichen thematischen und personellen Aufschlag für den Bundestagswahlkampf machen zu können. Der OMV-Bundesvorsitzende betonte, Organisation und Ablauf der Tagung müssten mit den dann geltenden Pandemie-Regeln übereingebracht werden. Sollte eine Präsenztagung nicht möglich oder nicht planbar sein werde man sich für die Durchführung an der Bundespartei und dem im Januar ausgerichteten vollen digitalen Parteitag orientieren.

Dieser Parteitag, so Primas weiter, könne in Anbetracht der Umstände als Erfolg gesehen werden. Wichtig sei, dass die Frage des Parteivorsitzes nunmehr geklärt wurde. Armin Laschet MdL habe sich gegen Friedrich Merz und Dr. Norbert Röttgen MdB durchgesetzt. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident sei „Patenonkel“ der Siebenbürger Sachsen und der Oberschlesier. Er habe bereits 2019 beim Tag der Heimat eine sehr zugewandte Festrede gehalten. Es sei also davon auszugehen, dass auch die Themen der OMV bei ihm auf offene Ohren stoßen werden.

Im Weiteren wurden insbesondere die Rentensituation der Aussiedler und Spätaussiedler sowie die politische Arbeit für diese Gruppen thematisiert. Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten erklärte, die SPD stehe



beim Thema Rente weiterhin auf der Bremse. Eine Lösung, die auch von den Betroffenen als solche wahrgenommen und akzeptiert werde, könne jedoch nur gemeinsam mit dem Koalitionspartner erreicht werden. Einig war man sich darüber, dass politisch noch mehr für die Einbindung gerade dieser wichtigen Zielgruppen der Unionsparteien getan werden müsse. Hierzu werde man die Gespräche mit CDU und CSU fortsetzen.

Webex-Konferenz des Bundesvorstandes am 7. Mai 2021

Am 7. Mai 2021 trat der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – erneut in einer Webex-Konferenz zusammen. Im Fokus der Beratungen standen die diesjährige Bundesdelegiertentagung am 25. Juni 2021, die Arbeit am Regierungsprogramm der CDU/CSU sowie die Festlegung auf Ministerpräsident Armin Laschet als Kanzlerkandidat der Unionsparteien für die im September anstehende Bundestagswahl.

Zur Personalfrage erklärte der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas, es sei wichtig, dass sich nunmehr sämtliche in der Volkspartei CDU und in der Bayernpartei CSU vorhandenen politischen Strömungen hinter dem CDU-Vorsitzenden Armin Laschet versammeln. Nur gemeinsam könne man diesen schwierigen Wahlkampf erfolgreich gestalten. Aus vertriebenenpolitischer Sicht sei Armin Laschet ein guter Kandidat, da unter seiner Regierung in Nordrhein-Westfalen dieser Politikbereich mit neuen Impulsen sichtbarer geworden sei und lange brachliegende Themen endlich bearbeitet würden.

Auch den Prozess zur Gestaltung eines gemeinsamen Regierungsprogrammes von CDU/CSU begleite man aus diesem Grund positiv, so Primas weiter. Hierbei würde die OMV mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an einem Strang ziehen. Wichtig sei, dass folgende Inhalte in das Wahlprogramm einfließen:

- Vertriebene und Aussiedler mit ihrer Lebensleistung als Vorbilder, zukunftsfähige Förderung erinnerungs- und verständigungspolitischer Arbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände,
- Förderung des Kulturerhalts und der aktiven Kulturarbeit,
- Akzente in Bildung und Forschung,
- Spätaussiedleraufnahme und -eingliederung sowie Alterssicherung, Anerkennung und politische Einbindung,
- Förderung der deutschen Minderheiten,
- Recht auf die Heimat, Vertreibungen ächten und verbieten,
- Vertretung all dieser Themen durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Im Hinblick auf die OMV-Bundesdelegiertentagung einigte sich der OMV-Bundesvorstand nach ausführlicher Diskussion darauf, die Tagung in diesem Jahr digital durchzuführen und auch digitale Vor-Wahlen des Bundesvorstandes anzubieten. Nach wie vor könne nicht eingeschätzt werden, ab wann wieder Veranstaltungen mit mehr als 80 Personen in Innenräumen angeboten werden können. Außerdem bleibe trotz steigender Impfquoten das Risiko von Corona-Infektionen bestehen. Trotzdem sei es gut, am Tagungstermin festzuhalten, um mit dem Zuspruch der Unionsparteien und frischem „programmatischen Wind“ in die Zeit des Bundestagswahlkampfes gehen zu können.

Weitere Gremienarbeit

CDU-Bundesvorstand und Antragskommission

Der Bundesvorsitzende vertritt die OMV als beratendes Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Außerdem vertrat der Bundesvorsitzende die OMV auf den im Berichtszeitraum liegenden Parteitag der CDU in der Antragskommission.

Über die Arbeit dieser Gremien legt der jeweils zu den Parteitagen vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Satzungs- und Strukturkommission der CDU Deutschlands

Der Bundesvorsitzende Egon Primas sowie die Schatzmeisterin Iris Ripsam vertraten die OMV in der Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands. Vorstandsmitglied Philipp Amthor MdB war in seiner Funktion als Schatzmeister der Jungen Union Deutschlands ebenfalls Mitglied dieses Gremiums.

Über die Arbeit dieser Kommission legt der zum 33. Parteitag vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Konferenzen der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre der CDU Deutschlands

Der Hauptgeschäftsführer Klaus Schuck vertrat die OMV in den Konferenzen der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre der CDU Deutschlands.

Über die Arbeit in diesen Konferenzen legt der zum 33. Parteitag vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.



Bundesfachausschüsse der CDU Deutschlands

Für die Mitarbeit in den Bundesfachausschüssen der CDU Deutschlands wurden für die OMV bislang berufen:

BFA Umwelt und Landwirtschaft:	Egon Primas
BFA Äußere Sicherheit:	Helmut Sauer (Salzgitter)
BFA Gleichwertige Lebensverhältnisse:	Klaus Schuck
BFA Gesellschaftlicher Zusammenhalt:	Iris Ripsam
BFA Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern:	Christoph Zalder
BFA Innere Sicherheit:	Philipp Amthor MdB
BFA Bildung, Forschung Innovation:	Werner Jostmeier
BFA Soziale Sicherung und Arbeitswelt:	Dr. Christoph Bergner
BFA Europapolitik:	Jesko von Samson-Himmelstjerna

Über die Arbeit in den Bundesfachausschüssen legt der zum 33. Parteitag vorgelegte Geschäftsbericht der CDU Deutschlands Rechenschaft ab.

Sitzungen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

An den Sitzungen der Gruppe Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter ihrem Vorsitzenden Eckhard Pols MdB nimmt der Bundesvorsitzende als ständiger Gast teil.

Der Ehrenvorsitzende ist als ehemaliger Bundestagsabgeordneter und ehemaliger stellvertretender Gruppenvorsitzender Ehrenmitglied auf Lebenszeit.

Der Hauptgeschäftsführer bzw. der Referent der OMV werden ebenfalls zu den Sitzungen eingeladen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Bernd Fabritius sowie Bundesvorstandsmitglied Philipp Amthor sind als Bundestagsabgeordnete Mitglieder der Gruppe. Dr. Bernd Fabritius ist als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zusätzlich ständiger Gast.

Die Gruppe informiert über den „Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene“ (IAV) über ihre Arbeit.

Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge

(gewählt am 18./19. Oktober 2019)

Vorsitzender:	Egon Primas (Thüringen)
Ehrevorsitzender:	Helmut Sauer (Salzgitter)
Stellvertreter:	Dr. Bernd Fabritius (Bayern) Rüdiger Goldmann (Nordrhein-Westfalen) Albina Nazareus-Vetter (Hessen) Heiko Schmelzle (Niedersachsen, Landesverband Hannover) Christoph Zalder (Baden-Württemberg)
Schatzmeisterin:	Iris Ripsam (Landesvorsitzende Baden-Württemberg)
Beisitzer:	Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern) Adolf Braun (Sachsen) Andreas Hofmeister MdL (Hessen) Christa Matschl (Bayern) Werner Jostmeier (Nordrhein-Westfalen) Fedor M. Mrozek (Schleswig-Holstein) Nikolaus Poppitz (Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz) Johann Thießen (Hessen)
Hauptgeschäftsführer:	Klaus Schuck (Nordrhein-Westfalen)

Zusätzlich wurden in der Wahlperiode in den OMV-Bundesvorstand kooptiert:

- Martin Bach-Sliwinski (als Landesvorsitzender Berlin)
- Dr. Christoph Bergner (als Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt)
- Nikolaus Haufler (als Landesvorsitzender Hamburg)
- Helge Kahnert (als Landesvorsitzende Oldenburg)
- Jutta Malla (als Landesbeauftragte Bremen)
- Jesko von Samson-Himmelstjerna (als Landesvorsitzender Brandenburg)



Veranstaltungen
und Kontakte



Parteitage und Parteiveranstaltungen

32. Parteitag der CDU Deutschlands am 22./23. November 2019 in Leipzig



Im Gespräch beim Parteitag: Helmut Sauer (Salzgitter), Dr. Norbert Lammert und Volker Schimpff.

„Wir sind Deutschlands starke Mitte“. So lautete das Motto für den 32. Parteitag der CDU Deutschlands, der am 22./23. November 2019 in Leipzig stattfand. Dabei ging es im 30. Jahr nach der Friedlichen Revolution, die in der sächsischen Metropole ein besonderes Zentrum hatte, um Bilanzen und offene Anliegen im Einheitsprozess, um moderne Parteiarbeit sowie um eine Vielzahl an Anträgen, die von den Kreis- und Landesverbänden, den Vereinigungen und über die Mitgliederbeteiligung auch von der Parteibasis direkt eingebracht wurden.

Diese Antragsfülle verdichtete den Zeitplan des Parteitags ungemein und bewirkte großen Abstimmungsbedarf auf den Delegiertentreffen der Landesverbände am Vorabend, was sich auch auf die diesen Delegiertentreffen zeitlich vorgeschalteten Vereinigungstreffen auswirkte. Die traditionelle Begegnung zwischen Vorstandsmitgliedern, Delegierten und Mitgliedern der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – beschränkte sich daher auf für die eigene Arbeit wesentliche Themen und Anträge.

Insbesondere ging es um den OMV-Antrag, mit dem auf die Herausgabe einer Sonderbriefmarke „75 Jahre Flucht und Vertreibung“ im Jahr 2020 hingewirkt werden soll. Wörtlich wurde beantragt: „Die CDU Deutschlands ersucht die Bundesregierung, im Jahr 2020 anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges die Herausgabe einer Sonderbriefmarke zu veranlassen, die zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2020 veröffentlicht wird.“ Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Rüdiger Scholz, Beauftragter der dortigen CDU-Fraktion für Vertriebene und Aussiedler, stellte den Antrag als Mitinitiator vor.

Ebenso intensiv wurde über das Problem der Altersarmut bei Aussiedlern und Spätaussiedlern gesprochen. Konstruktiv erörterten u.a. der ehemalige Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung Dr. Christoph Bergner (OMV-Vorstandsmitglied), der ehemalige russlanddeutsche Bundestagsabgeordnete Heinrich Zertik, der hessische Landtagsabgeordnete Andreas Hofmeister (OMV-Vorstandsmitglied), Rüdiger Scholz sowie der ehemalige NRW-Fraktionsbeauftragte für Vertriebene und Aussiedler Werner Jostmeier (OMV-Vorstandsmitglied) Verbesserungsmöglichkeiten. Dabei wurde klar, dass geringfügige Anpassungen des Fremdrentenrechtes zu einer Stabilisierung des sozialen Friedens beitragen und bewirken würden, dass die Betroffenen nicht mehr auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen wären.

Weitere spannende Begegnungen und Gespräche gab es dann beim Parteitag auf der Leipziger Messe, am gut besuchten Informationsstand der OMV. Die Bundesgeschäftsstelle – in Person von Klaus Schuck, Marc-P. Halatsch und Iris Schumann – wurde bei der Standbetreuung vom OMV-Ehrevorsitzenden Helmut Sauer (Salzgitter) sowie von ehrenamtlichen Helfern aus Leipzig (u.a. Volker Schimpff) und dem OMV-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Nikolaus Poppitz, unterstützt. Im Verlauf des Parteitages wurde Helmut Sauer erneut zum CDU-Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP) berufen.

Neben vielen Interessierten, die sich über die Arbeit der OMV informieren oder spontan durch ihren Beitritt unterstützen wollten, konnten außerdem über die oben bereits Genannten hinaus als besondere Gäste am Stand u.a. begrüßt werden:

- der hessische Innenminister Peter Beuth,
- der sächsische Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner,
- die niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL,
- das jüngste Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, OMV-Vorstandsmitglied Philipp Amthor,
- der Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN und ehemalige hessische Justiz- und Kultusminister Dr. Christean Wagner,
- der Ehrevorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Bernhard Vogel,
- der ehemalige Präsident des Europäischen Parlamentes, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering,

- Knut Abraham, Geschäftsträger der Deutschen Botschaft in Warschau,
- der Vorsitzende der Deutsch-Baltischen Gesellschaft, Dr. Christian von Boetticher, gemeinsam mit CDU-Bundesvorstandsmitglied Elisabeth Motschmann,
- der Bundesvorsitzende der Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Walter Gauks,

sowie viele weitere Bundestags- und Landtagsabgeordnete.

33. Parteitag der CDU Deutschlands am 15./16. Januar 2021 | digital

Der 33. Parteitag der CDU Deutschlands fand am 15./16. Januar 2021 als reine Digitalveranstaltung statt. Wesentlicher Inhalt war die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden, eines neuen Präsidiums und eines neuen Bundesvorstandes. Die Wahlen erfolgten digital als „Vorwahl“ mit Bestätigung im schriftlichen Wahlverfahren.

Von den Kandidaten zum Bundesvorsitz – Ministerpräsident Armin Laschet MdL, Friedrich Merz und Dr. Norbert Röttgen – setzte sich Armin Laschet in der digitalen Wahl gegen seine Mitbewerber durch und wurde im schriftlichen Wahlverfahren mit rund 83 Prozent der Delegiertenstimmen als neuer Parteivorsitzender bestätigt.

Der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas wurde erneut satzungsgemäß als beratendes Mitglied in den CDU-Bundesvorstand berufen.

Vereinigungen diskutieren über geplantes Grundsatzprogramm am 14. Januar 2020 im Konrad-Adenauer-Haus

„Neun Blickwinkel, ein Ziel: Freiheit und Verantwortung verbinden“. Unter diesem Leitgedanken wurden am 14. Januar 2020 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus ein letztes Mal Anregungen und Ideen für das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands gesammelt. Im Fokus standen diesmal die neun Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU, deren ganz unterschiedliche Ausrichtungen besonders zur Vielfalt der in der Volkspartei vertretenen Sichtweisen beitragen.

Entsprechend dieses Mottos waren neun Gäste geladen, die in drei Gesprächsrunden mit je drei Teilnehmern sowie mit dem Publikum über jeweils eine in den Programmprozess eingebrachte These diskutierten: Egon Primas, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Christian Haase MdB, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands (SU), Sebastian Mathes, Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Jana Schimke MdB, stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), Anja Wagner-Scheid, stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU

Deutschlands (FU), Dagmar König, stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), Pascal Redding, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands (JU) sowie Pastor Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK). Eröffnet wurde die Veranstaltung von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak MdB. Es moderierte Frank Niebuhr vom CDU-Mitgliederservice.

Egon Primas teilte sich das Podium mit Dagmar König und Christian Meißner. Diskutiert wurde zum Thema „Unser wertebasiertes Zusammenleben“ die These: „Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Menschen wieder als Solidargemeinschaft fühlen“, wobei diese Solidargemeinschaft vom Wir-Gefühl bei einer Fußballweltmeisterschaft abgeleitet wurde.

Primas lobte das im Sport entstehende Wir-Gefühl. Wie nachhaltig dies wirke, veranschaulichte er am Beispiel der 13 „Deutschen Fußballschulen Miro“, die von der deutschen Minderheit in Polen unter der Patenschaft des Oberschlesiers und ehemaligen deutsche Nationalspielers Miroslav Klose in Polen aufgebaut wurden und viel zur Verständigung sowie zur Identitätsbildung beitragen. Freiheit und Verantwortung bedeute, auch etwas zurückzugeben, um die Solidargemeinschaft zu stärken. Hier zeige sich besonders, dass die Situation in Deutschland und Europa nicht so negativ sei, wie man es oft den Medien oder Stammtischgesprächen entnehmen müsse: „Wenn es uns wirklich so schlecht ginge, in Deutschland, dann wollten nicht so viele zu uns“, so Primas. Während sich die Solidargemeinschaft in akuten Notsituationen wie Überschwemmungen immer wieder bewiese, werde sie in den anonymisierten

Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus.





Debatten im Internet auf harte Proben gestellt, zeichnete der OMV-Bundesvorsitzende das Spannungsfeld.

Hier schloss Dagmar König an, die es als selbstverständlich bezeichnete, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen einstehe. Im Sinne sozialer Gerechtigkeit christlich-demokratischer Prägung stehe der Mensch im Mittelpunkt. Auch Christian Meißner nahm dies auf und betonte seinerseits, wie wichtig es sei, dass auch der Einzelne gezielt etwas zur Solidargemeinschaft beitrage, etwa durch die Freiwilligendienste. Sich wieder auf das Thema Sport und insbesondere die Fußballweltmeisterschaft beziehend, erklärte Meißner außerdem die Bedeutung solcher Ereignisse für die Identitätsbildung einer Nation – die Festlegung dessen, wo die Schnittmenge sei, in der wir zusammenkommen.

In den weiteren Diskussionsrunden beim Thema „Soziale Sicherheit“ die Leistungsfähigkeit unseres Rentensystems zur Debatte und beim Thema „Freiheit und Verantwortung über Generationen hinweg“ eine These zu Ehe und Familie als wichtigste Keimzelle unseres Zusammenlebens. Zur Rente diskutierten Christian Haase, Jana Schimke und Pascal Redding. Sie machten aus unterschiedlichen Blickwinkeln deutlich, dass die deutsche Rentenversicherung ein gutes und leistungsfähiges System sei, Eigenvorsorge aufgrund der Bevölkerungsentwicklung gleichermaßen aber immer wichtiger werde. Dabei gehe es auch darum, zukünftige Generationen nicht zu überfordern. Zu Ehe und Familie waren Otto Wulff, Sebastian Mathes und Anja Wagner-Scheid gefragt. Während Wulff und Mathes eher am traditionellen Familienbild festhielten, wünschte besonders Wagner-Scheid mehr Respekt für andere Formen des Zusammenlebens. Familie könne überall da sein, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. „Jeder, der das heute Abend erlebt hat, hat eine gutes Stück der Bandbreite unserer Partei erlebt“, freute sich CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak zum Abschluss der Diskussionen. „Unsere Aufgabe als CDU muss sein, für alle eine Antwort zu haben. Wir sind keine Klientelpartei.“

Diskussion zur Zukunft der Aussiedlerarbeit in der CDU am 10. Februar 2020 im Konrad-Adenauer-Haus

Die Zukunft der Aussiedlerarbeit in der CDU stand am 10. Februar 2020 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus auf dem Plan. Hierzu hatte die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, unter ihrem Vorsitzenden Egon Primas, in Abstimmung mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak MdB, eingeladen. Neben dem letzten amtierenden Vorsitzenden des Netzwerkes Aussiedler der CDU Deutschlands, Heinrich Zertik, waren Experten aus den Reihen der OMV und der Landesnetzwerke der Einladung gefolgt. Dabei wurde die bisherige Arbeit bilanziert sowie unterschiedliche Ansätze diskutiert.

Egon Primas betonte, dass die Anliegen der Aussiedler – wie in Fragen der Altersarmut, der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen oder im Bereich der Eingliederung – nach wie vor aktuell sind und daher auch weiterhin in die Arbeit von CDU und OMV einfließen müssten. Außerdem „müssen wir auf die Aussiedler zugehen, sie mit den bestehenden parteipolitischen Strukturen bekannt machen, ihnen verstärkt Angebote zur Mitwirkung unterbreiten und damit die politische Partizipation erhöhen“, so der OMV-Bundesvorsitzende. Engagement und Potenzial seien in vielen Bereichen erkennbar.

Einvernehmlich beschloss man, aus den diskutierten Ansätzen ein gemeinsames Konzept zu erstellen, um zu einer guten und zukunftsfähigen Basis für die weitere Arbeit zu gelangen.

„#ausverantwortung – Aussiedler in der CDU“ Digitalkonferenz für Aussiedler am 27. Februar 2021

Mit Unterstützung der CDU Deutschlands bot die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 27. Februar 2021 unter dem Titel „#ausverantwortung – Aussiedler in der CDU“ eine Digitalkonferenz an, die sich vor dem Hintergrund anstehender Landtags- und Kommunalwahlen insbesondere an Multiplikatoren und Interessierte aus dem Bereich der Aussiedler und Spätaussiedler mit dem regionalen Schwerpunkt Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen richtete.

Teilnehmer der Diskussionsrunde am 10. Februar 2020.



Neben dem OMV-Bundesvorsitzenden Egon Primas sprachen der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak MdB, der Beauftragte der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, der Sprecher für Vertriebene und Aussiedler der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Raimund Haser, der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Thomas Weiner, die Frankfurter CDU-Stadträtin Albina Nazarenus-Vetter, der Sprecher des Netzwerkes Aussiedler der CDU Baden-Württemberg, Ernst Strohmaier sowie der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhard Pols, mit einem spontanen Grußwort.

Deutlich sichtbar wurden die Themen, um die es den Aussiedlern und Spätaussiedlern im politischen Bereich besonders geht: die politische Einbindung, die Integration im Sinne einer „Beheimatung“, die kulturelle und sprachliche Identität bzw. Förderung sowie der Großkomplex Sicherheits-, Migrations- und Familienpolitik. Im besonderen Fokus stand dabei das Thema Altersarmut bei Spätaussiedlern, zumal dieses auch in das aktuelle CDU/CSU-Regierungsprogramm sowie in den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD Eingang gefunden hatte. Hierzu nahm Dr. Bernd Fabritius als Aussiedlerbeauftragter ausführlich Stellung und schilderte die über die Grundrente erreichten Verbesserungen. Gleichzeitig machte er jedoch bewusst, dass für viele die strukturellen Benachteiligungen über ungerechte gesetzliche Regelungen in der Anerkennungspraxis des Fremdrentengesetzes noch nicht geregelt seien. Es gelte hier für sämtliche Beteiligten, weiterhin am Ball zu bleiben und eine gerechte Lösung im Sinne der Betroffenen zu finden.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist über die Internetseite der OMV abrufbar.

Egon Primas und Klaus Schuck moderieren die Digitalveranstaltung am 27. Februar 2021.



Politische Kontakte

CDU-Vereinigungen, CDU- und OMV-Landesverbände

Die laufenden Geschäfte erfordern enge Kontakte mit den anderen Vereinigungen der CDU und CSU, zu den Landesverbänden der Unionsparteien und der OMV.

Es bestehen gute und enge Kontakte zum Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK), zur Senioren-Union der CDU Deutschlands, zur Mittelstandsunion der CDU/CSU (MIT), zur Jungen Union Deutschlands (JU), zur Frauen Union der CDU Deutschlands (FU), zur Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), zur Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), zum Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und zur Schüler Union Deutschlands (SU). Der Hauptgeschäftsführer bzw. der Organisationsreferent sind regelmäßig in den Runden der Vereinigungsgeschäftsführer auf Bundesebene dabei.

Zu den Landesverbänden der CDU und CSU bestehen enge Kontakte durch die Zugehörigkeit des Hauptgeschäftsführers zur Konferenz der Landesgeschäftsführer, Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre. Ebenso enge Kontakte bestehen zu den Generalsekretären der Unionsparteien, zumal CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak MdB selbst Aussiedler ist.

Die Kontakte zu den Landesverbänden der CDU und zur CSU werden auch dadurch vertieft, dass die OMV-Landesvorsitzenden zumindest kooptierte Mitglieder in ihren jeweiligen CDU-Landesvorständen bzw. im CSU-Vorstand sind. Vieler der Landesvorsitzenden sind wiederum Mitglied im OMV-Bundesvorstand.

Daneben stehen die unmittelbaren Fühlungen mit den Landes- und Kreisgeschäftsführern der CDU und CSU, um die Belange der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der Bildungs- und Organisationsarbeit wirkungsvoller durchzusetzen.

Bundesregierung

Die wichtigsten Kontaktpersonen in der Bundesregierung sind nach wie vor:

- der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius MdB (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) sowie
- die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB (Bundeskanzleramt).

Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der verständigungspolitischen Fördermaßnahmen, der Vertriebenenkulturpolitik nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) und der Förderung der deutschen Minderheiten im östlichen Europa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurde fortgesetzt.

Die Kontaktpflege mit den Landesregierungen geschieht insbesondere über die jeweiligen OMV-Landesverbände, aber auch über die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, insofern diese von der CDU/CSU eingesetzt wurden. Besonders intensiv ist der Austausch mit:

- dem Landesbeauftragten in Baden-Württemberg, Innenminister Thomas Strobl,
- der Landesbeauftragten in Bayern, Sylvia Stierstorfer MdL,
- der Landesbeauftragten in Hessen, Margarete Ziegler-Raschdorf,
- der Landesbeauftragten in Niedersachsen, Editha Westmann MdL,
- dem Landesbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, sowie
- dem Landesbeauftragten in Sachsen, Dr. Jens Baumann.

Die OMV setzt sich dafür ein, dass weitere thematisch zuständige Landesbeauftragte seitens der Landesregierungen eingesetzt werden.

Vorpolitischer Raum: Verbände im In- und Ausland

Die OMV wirkt in ihrem Selbstverständnis als Vermittler zwischen den Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimat- und Herkunftsgebieten und den Unionsparteien.

Dies gelingt im personellen Bereich durch hohen ehrenamtlichen Einsatz der OMV-Funktionsträger im Bundesverband des Bundes der Vertriebenen bzw. den jeweiligen Landsmannschaften und Landesverbänden. So ist z.B. der OMV-Bundesvorsitzende Egon Primas Mitglied des BdV-Präsidiums auf Bundesebene und Landesvorsitzender des BdV in Thüringen. Der stellvertretende OMV-Bundesvorsitzende Dr. Bernd Fabritius ist BdV-Präsident. OMV-Schatzmeisterin Iris Ripsam ist Landesvorsitzende des BdV in Baden-Württemberg. Fedor M. Mrozek, Beisitzer im OMV-Bundesvorstand, ist Landesvorsitzender des BdV in Schleswig-Holstein. Viele weitere Vorstandsmitglieder sind ebenfalls in Gremien des BdV aktiv.

Thematisch stand hier besonders das 70. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen – des „Grundgesetzes“ der Vertriebenen – im Jahr 2020 im Fokus.

Erfreulich ist zudem, dass zahlreiche Mitglieder des Bundesvorstandes der OMV als Referenten erneut bei den Kundgebungen zum Tag der Heimat auf gute Resonanz gestoßen sind.

Ebenfalls wurde der Dialog mit weiteren Verbänden gestärkt, die sich um die Eingliederung von Aussiedlern und Spätaussiedlern und besonders um die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen bemühen.

Die Kontaktpflege zu den Verbänden der deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarländern und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gelingt insbesondere

durch konkretes verständigungspolitisches Engagement. Mehrfach hielten sich der Bundesvorsitzende und weitere Vorstandsmitglieder der OMV in den Heimat- und Herkunftsgebieten der Vertriebenen und Spätaussiedler auf. Dort sind sowohl die Verbände der deutschen Minderheiten als auch einheimische Politiker und Funktionsträger aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ihre Ansprechpartner.

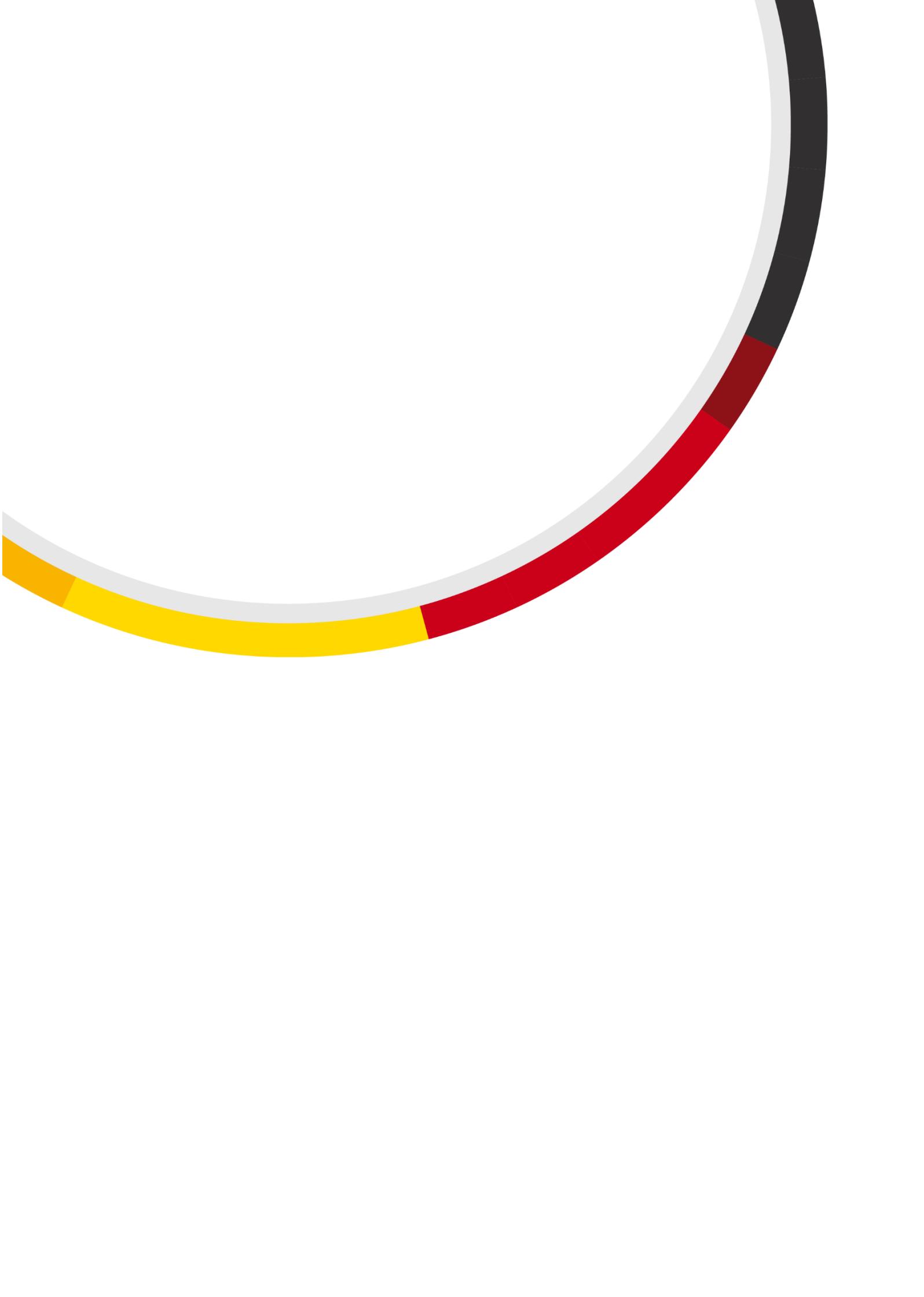
Der OMV-Bundesvorsitzende pflegt z.B. enge Kontakte zur deutschen Minderheit in Polen. Zuletzt war er am 6. Juni 2021 zu Gast bei der Wallfahrt der Minderheiten an den St. Annaberg in Oberschlesien, wo er selbst ein Grußwort hielt und außerdem Grüße des CDU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet MdL, überbrachte. Dabei vertiefte er den Kontakt u.a. zu Bernard Gaida (Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, VdG), Rafał Bartek (Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien (SKGD) und Präsident des Opperler Landtages).

Darüber hinaus hat der OMV-Bundesvorsitzende gute Kontakte zu den Deutschen in der Ukraine sowie zu einigen Organisationen der Deutschen in Russland bzw. in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Ebenso gibt es über die OMV-Vorstandsmitglieder und Landesvorsitzenden aber auch Kontakte nach Tschechien, insbesondere nach Böhmen und Mähren und zum Sudentendeutschen Büro in Prag, nach Rumänien (Siebenbürgen und Banat) und sowie zu weiteren Organisationen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Russland und Kasachstan).

Kranzniederlegung bei der Wallfahrt der Minderheiten an den St. Annaberg am 6. Juni 2021.





Wichtige Themen und Arbeitsstände

Anerkennungsleistung für zivile deutsche Zwangsarbeiter

Im September 2020 wurden symbolisch die letzten Bescheide für die Anerkennungsleistung an zivile deutsche Zwangsarbeiter ausgehändigt. Insgesamt hatte es fast 47.000 Anträge auf die einmalige Sonderzahlung in Höhe von 2.500 Euro gegeben. Rund 39.000 davon wurden positiv beschieden und somit fast 100 Mio. Euro ausgeschüttet.

Die überwiegende Anzahl derjenigen, die diese „Zwangsarbeiterentschädigung“ noch erleben durften, kam aus der ehemaligen Sowjetunion. Eine statistische Aufstellung ist über das für Antragstellung und -bearbeitung zuständige Bundesverwaltungsamt (BVA) abrufbar.

Mit dieser Anerkennungsleistung wurde eine wichtige Forderung von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung aufgegriffen und umgesetzt, für die sich auch die OMV gemeinsam mit den deutschen Heimatvertriebenen und ihren Verbänden über viele Jahre eingesetzt hatte. Dass auch Zwangsarbeiter, die heute noch in ihrer Heimat leben, in den Kreis der Berechtigten einbezogen werden konnten, ist maßgeblich ein Verdienst der OMV.



Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen

Die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen hat sich einerseits aufgrund der Lage auf dem Arbeitsmarkt und andererseits durch die sich immer stärker etablierende Anerkennungspraxis nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) zum einen und dem Berufsqualifikations- und Feststellungsgesetz (BQFG) zum anderen sehr verbessert.

Über Gespräche mit Betroffenen und Anerkennungspraktikern hat auch die OMV immer wieder dazu beigetragen, die Sensibilität zu erhöhen und auch unterschiedliche Maßstäbe in der Anerkennung aufzudecken und nach Möglichkeit Vereinheitlichung anzustreben. Sinnvolle Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sind immer wieder Gegenstand von Arbeitsgesprächen.

Jedoch bleibt die aufgrund des Bildungsföderalismus bestehende, fehlende Einheitlichkeit in der Anerkennungspraxis eines der größten aktuellen Probleme in diesem Bereich.

Es gibt keine Garantie dafür, dass ähnliche Arbeitsbiografien in verschiedenen Bundesländern und bei unterschiedlichen Institutionen auch ähnlich in der Anerkennung behandelt werden.





Außerdem gilt es, sensibel mit all jenen umzugehen, die in der Vergangenheit wegen fehlender rechtlicher Rahmenbedingungen oder schlechterer Arbeitsmarktlage ihre Berufs- und Bildungsabschlüsse nicht anerkennen lassen konnten. Dies wirkt sich oft auch negativ auf ihre Alterssituation aus, sodass die Politik dies im Fokus behalten muss.

Aufnahme und Beheimatung von Spätaussiedlern

Es ist ganz klar ein Verdienst der CDU/CSU-geführten Bundesregierungen der letzten 16 Jahre, dass an der Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgenschicksals für die in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verbliebenen Deutschen festgehalten wurde. Die OMV trat deutlich für die Neunte und Zehnte Änderung des BVFG (2011/2013) ein, die eine große Erleichterung im Bereich der Familienzusammenführungen bedeutete. Seitdem ist die Zahl der Antragsteller stetig angestiegen und lag 2020 bei rund 21.500 Personen.



Auch im Corona-Jahr 2020 wurde die Übersiedlung und Registrierung von Spätaussiedlern ermöglicht. Pandemiebedingt konnten jedoch nur rund 4.300 Personen in Friedland aufgenommen werden – fast 2.900 weniger als im Jahr davor. Es ist jedoch ein wichtiges Zeichen für die Betroffenen, dass die Aufnahme trotz der Pandemie-situation möglich blieb. Dies ist auch dem Einsatz des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Bernd Fabritius, zu verdanken.

Die OMV wird sich gemeinsam mit den deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und ihren Verbänden auch bei zukünftigen Bundesregierungen dafür einsetzen, dass an der Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgenschicksals und der Übersiedlung als Deutsche nach Art. 116 des Grundgesetzes festgehalten wird.



Ebenfalls wird sich die OMV dafür einsetzen, dass die Unterstützung von (Spät-) Aussiedlern bei der „Beheimatung“ in Deutschland, z.B. über die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer oder über Angebote zur nachholenden Integration beibehalten und intensiviert wird. Überdies gilt es, die Einbindung dieser Gruppen in die politische Arbeit zu verbessern.

Bildungspolitische Impulse



Bildungspolitik ist Aufgabe der Bundesländer. Dennoch bemüht sich die OMV fortwährend, z.B. über die Arbeit im entsprechenden Bundesfachausschuss der CDU, bildungspolitische Impulse im Sinne einer umfassenden Wissensvermittlung auch zur Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten zu setzen.

Auch das Wissen über die früheren deutschen Gebiete, deren (Besiedlungs-) Geschichte und deren Bewohner sowie über Flucht und Vertreibung der Deutschen

gehören ins Bewusstsein der gesamten Gesellschaft. Daher müssen Lehrpläne an den Schulen und Universitäten entsprechend gestaltet und Forschungsschwerpunkte entsprechend gesetzt werden. Hierfür wird die OMV sich auch zukünftig einsetzen.

Förderung der deutschen Minderheiten

Die Förderung der deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarländern konnte in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert werden. Insbesondere sind diese Mittel für die Gründung von Vereinsschulen in Polen vorgesehen, über die besonders intensiv am Erhalt von Deutsch als Mutter- und Minderheitensprache gearbeitet werden soll. In Polen soll auch ein Dokumentations- und Veranstaltungszentrum über die Geschichte der dortigen Deutschen entstehen.

Hierfür hat die OMV sich gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, und der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem Vorsitzenden Eckhard Pols ebenfalls eingesetzt.

Mehrfach konnte über den Bundesbeauftragten vermittelt werden, wenn das SPD-geführte Auswärtige Amt Mittel, die den Minderheiten zugutekommen sollten, mit einem Haushaltsvorbehalt versah und sperrte.

Die OMV tritt dafür ein, dass gerade die Unterstützung der Minderheiten aus deutscher Verantwortung und aus europapolitischer Perspektive bestehen bleibt.



Heimat als Menschenrecht und Vertreibungsverbot

Die OMV ist entsprechend der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 gemeinsam mit den Verbänden der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler der festen Überzeugung, dass das Recht auf die Heimat ein Menschenrecht ist und dass alle Menschen es verdient haben, in ihrer Heimat lebenswerte Bedingungen vorzufinden.

Dementsprechend unterstützt die OMV die Forderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) ein internationales strafbewehrtes Vertreibungsverbot einzuführen, mit dem verletzte Rechte anerkannt werden und das Vertreibungen als Mittel der Politik wirksam verhindert.



Kulturarbeit nach § 96 BVFG

Der Anstieg der Haushaltsmittel für die Kulturarbeit nach § 96 BVFG konnte unter den CDU/CSU-Regierungen verstetigt werden. Hierfür hat sich die OMV mit Nachdruck immer wieder eingesetzt. Verantwortlich ist aktuell regierungsseitig die CDU

über die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB. Damit konnte die Finanzierung der mit der Umsetzung des „Kulturparagrafen“ beauftragten staatlichen Institutionen und somit insbesondere die Arbeit der ostdeutschen Landesmuseen sichergestellt werden.

Erfreulich ist es, dass auch Finanzierung und Arbeit des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold fortgesetzt wurden und dass ein eigener Kulturreferent für diesen Bereich vorhanden ist. Ebenso wichtig ist es, dass entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in ihrer Arbeit ertüchtigt werden konnte.

Dies ist ein Puzzleteil im partnerschaftlichen Ansatz, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Hinblick auf die konkrete Kulturarbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände verfolgt wird. Dieser Ansatz erstreckt sich auch auf die Projektarbeit vor Ort und sollte weiter intensiviert werden.

Die OMV erklärt immer wieder deutlich, dass die Vertriebenen und ihre Nachkommen sowie die deutschen Minderheiten in der Heimat selbst die Kulturträger sind, die es in ihrem Einsatz für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines so wichtigen Teiles deutscher Kultur zu unterstützen gilt.

Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern

Konkrete Verbesserungen der Alterssituation von (Spät-) Aussiedlern konnten über die Einführung der Grundrente erzielt werden, zumal die über das Fremdrentengesetz (FRG) eingebrachten Rentenanwartschaften in die Prüfung der Grundrentenberechtigung einbezogen wurden.

Die Umsetzung der in das Regierungsprogramm 2017 bis 2021 der CDU/CSU auch mit Unterstützung der OMV aufgenommene Zusage, Benachteiligungen für Spätaussiedler im Rentenrecht zu korrigieren, steht noch aus. Ursächlich ist hierfür zum einen eine von der SPD unglücklich in den Koalitionsvertrag eingebrachte Formulierung eines Härtefallfonds. Verhandlungen darüber brachten aufgrund nicht kompromissfähiger Positionen der SPD in diesem Bereich bislang keine Ergebnisse.

Die OMV ist nach wie vor der Überzeugung, dass die ungerechten Benachteiligungen der Spätaussiedler im Rentenrecht sachgerecht am besten über Anpassungen des FRG beseitigen ließen und weiß hierbei den Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung und die Fraktionsgruppe im Bundestag an ihrer Seite.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Am 21. Juni 2021 wird das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ feierlich von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB im



Beisein von Kulturstatsministerin Prof. Monika Grütters, BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und Stiftungsdirektorin Dr. Gundula Bavendamm eröffnet.

Die Wurzeln dieser Initiative liegen beim Bund der Vertriebenen und in der Gründung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN durch Erika Steinbach (damals CDU) und Peter Glotz (†, SPD) zu Beginn der 2000er Jahre. Es war das Ansinnen, in Berlin ein „Sichtbares Zeichen“ zur Erinnerung an Schicksal und Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen zu setzen.

Auf Betreiben auch der OMV wurde dieses Anliegen immer wieder in die Partei und Bundestagsgremien der CDU/CSU eingespeist, so z.B. über Anträge auf mehreren Parteitagen. Mit der Gründung der staatlichen Stiftung 2008 und der Grundsteinlegung für die Dauerausstellung im Berliner Deutschlandhaus 2012 wurden wichtige Meilensteine erreicht.

CDU/CSU haben Wort gehalten: Zum Ende der aktuellen Legislaturperiode hat diese Erinnerungs-, Bildungs- und Forschungsstätte nunmehr weithin sichtbar in Berlin ihre Arbeit genommen. Ab dem 23. Juni 2021 ist die Dauerausstellung für Besucher geöffnet. Die OMV wird die Arbeit der Stiftung weiterhin konstruktiv begleiten.



Sudetendeutsches Museum in München

Als ein weiterer „Leuchtturm“ der Erinnerungspolitik und der Kulturarbeit ist das Sudetendeutsche Museum in München am 30. Oktober 2020 eröffnet worden. Es beinhaltet eine bemerkenswerte Dokumentation sudetendeutscher Geschichte und ist auch durch seine unmittelbare Nähe zum Sudetendeutschen Haus in München gleichermaßen ein Ort der Begegnung.

Damit wurde eine weitere vertriebenenpolitische Zusage aus Bund und Freistaat Bayern, für die sich auch die OMV stets eingesetzt hatte, erfüllt.



Verständigungspolitischer Einsatz der Vertriebenen und ihrer Verbände

Die OMV setzt sich gemeinsam mit der Fraktionsgruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten dafür ein, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in ihrer verständigungspolitischen Arbeit gefördert werden. Mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen haben diese Gruppen schon früh einen Grundstein für ein freies und geeintes Europa gelegt. Regierungsseitig zuständig ist das aktuell CSU-geführte Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unter Bundesminister Horst Seehofer und seine nachgeordneten Behörden.

Hierbei gilt es, den stattfindenden Generationenwechsel positiv zu begleiten und Förderungsformate zu finden, die politischen Richtungswechseln standhalten und



diese wichtige Arbeit dauerhaft sichern können. Für die OMV als Bindeglied zwischen den Verbänden und den Unionsparteien bleibt dies ein wichtiges Anliegen.

Wahl- und Regierungsprogramme sowie Grundsatzprogramm

Stets beteiligt sich die OMV in Bund und Ländern an den programmatischen Debatten der Unionsparteien im Hinblick auf bevorstehende Wahlen bzw. bei grundsätzlichen Fragen.



Für die bevorstehende Bundestagswahl sind die wesentlichen Anliegen und Inhalte in den Programmprozess für das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU eingebracht worden.

In den zurückliegenden Landtagswahlen gelang es den entsprechenden Landesverbänden auch immer wieder, deutliche programmatische Aufschlüsse zu machen und in einer Regierungsbeteiligung eigene Anliegen umzusetzen.



Für den laufenden Grundsatzprogrammprozess der CDU hat die OMV bereits ihre Sichtweisen deutlich gemacht und Inhalte formuliert. Diese müssen nunmehr in die weiteren Entwürfe sowie in die finale Fassung einfließen.

Zur Entwicklung der OMV zwischen Oktober 2019 und Juni 2021

In fast allen CDU-Landesverbänden und in der CSU arbeiten funktionierende Landesverbände der OMV bzw. UdV/UdVF.

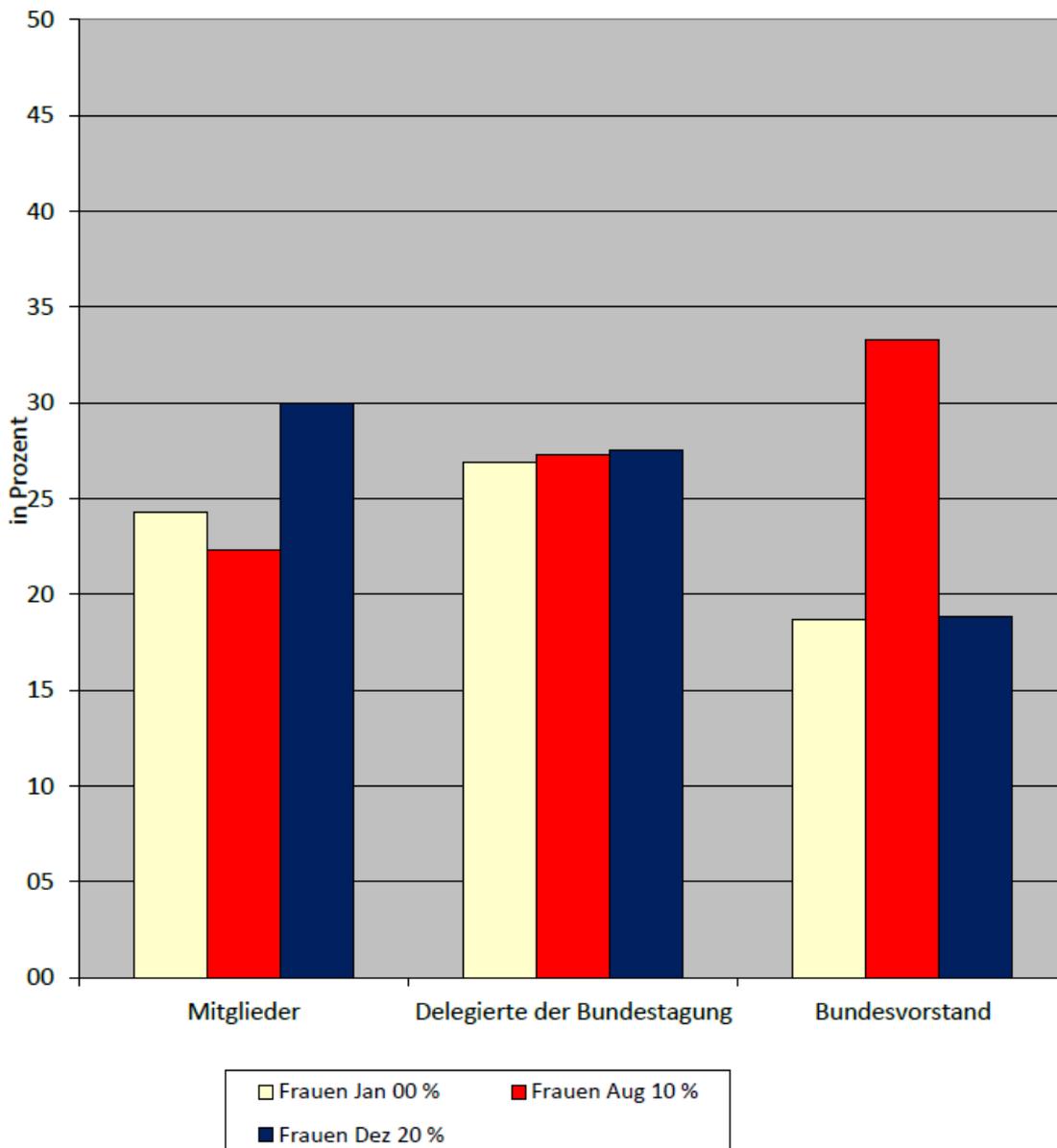
Der Generationswechsel von der sogenannten Erlebens- hin zur sogenannten Bekenntnisgeneration, aber auch die Einbindung der Aussiedler in die Verbandsarbeit schreitet voran. In vielen Landesvorständen haben diese Gruppen Verantwortung übernommen.

Beispiele dafür sind der Landesverband Baden-Württemberg unter der ehemaligen Bundestagsabgeordneten und amtierenden BdV-Landesvorsitzenden Iris Ripsam, der Landesverband Niedersachsen unter dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und amtierenden Bürgermeister der Stadt Norden Heiko Schmelzle, der Landesverband Rheinland-Pfalz unter Nikolaus Poppitz, der Landesverband Sachsen unter dem Chemnitzer Ratsherren Kai Hähner, der Landesverband Hessen unter dem ehemaligen Landtagsabgeordneten und Präsidenten der IHK Frankfurt Ulrich Caspar, der Landesverband NRW unter dem ehemaligen Landtagsabgeordneten und amtierenden Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler Heiko Hendriks oder der Landesverband Hamburg unter dem ehemaligen Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft Nikolaus Haufler.

Der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter ihrem Vorsitzenden Eckhard Pols haben sich seit der Bundestagswahl 2017 mehr als 60 Abgeordnete angeschlossen, u.a. der stellvertretende OMV-Bundesvorsitzende und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, der Schatzmeister der Jungen Union Deutschlands und Beisitzer im OMV-Bundesvorstand Philipp Amthor oder CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak.

Die CDU-Landesverbände erkennen die Transmissionsfunktion der OMV zwischen Vertriebenen, Aussiedlern und der CDU an und unterstützen sie in ihrer Arbeit. Gefördert wurde dies durch enge Zusammenarbeit und Gespräche im CDU-Bundesvorstand mit den einzelnen Landesvorsitzenden der CDU.

Aus dem Frauenbericht der CDU Deutschlands zum 33. Parteitag 2021



	Frauen Jan 00 %	Frauen Aug 10 %	Frauen Dez 20 %	Frauen Dez 20 abs.	Gesamt Dez 20 abs.
Mitglieder	24,3	22,3	30,0	2.062	6.874
Delegierte der Bundestagung	26,9	27,3	27,5	22	80
Bundesvorstand	18,7	33,3	18,8	3	16
Vorsitzende	0	0	0	0	1
Stellv. Vorsitzende	20,0	40,0	20,0	1	5
Schatzmeister	0	100,0	100,0	1	1
sonstige Vorstandsmitglieder	22,2	25,0	11,1	1	9

Beschlüsse der Bundesdelegiertentagung am 18./19. Oktober 2019

Beschluss 1

Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes

Der Bundesvorstand der OMV wird gebeten, sich mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung ins Benehmen zu setzen, dass die Mittel für die Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes deutlich erhöht werden.

Beschluss 2

Wissensvermittlung als Grundlage für Erinnerungskultur: Geschichte des ehemaligen deutschen Ostens muss in den Schulen einen höheren Stellenwert erhalten

Der OMV-Bundesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass folgende Leitgedanken in das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands aufgenommen und in der Schulpolitik der deutschen Bundesländer umgesetzt werden: „Das Wissen um die eigene Geschichte, insbesondere auch um Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die daraus erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge muss gestärkt werden. Deshalb muss diesem Thema in den Schulen mehr Raum und größerer Stellenwert gegeben werden. Der Wissensvermittlung über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den



historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und ihrer Aufnahme und Integration nach 1945 muss dabei ein größeres zeitliches Kontingent eingeräumt werden. Die Lehrerausbildung sollte verbessert und die strukturellen Defizite in den Lehrplänen aufgearbeitet und beseitigt werden.“

Beschluss 3

Briefmarke zum 75. Jahrestag von Flucht und Vertreibung im Jahr 2020

Die OMV wird folgenden Antrag an den 32. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig stellen: „Die CDU Deutschlands ersucht die Bundesregierung, anlässlich des 75. Jahrestages von Flucht und Vertreibung im Jahre 2020 eine Sonderbriefmarke zu veranlassen, die zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2020 veröffentlicht wird.“

Verfahren

Die Beschlüsse der Bundesdelegiertentagung 2019 wurden entsprechend der Beschlusslage bearbeitet. Sie wurden in die Beratungen des OMV-Bundesvorstandes sowie der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an deren Sitzungen der OMV-Bundesvorsitzende regelmäßig teilnahm, eingebracht. Die im Zusammenhang stehenden Fragen und Probleme wurden erörtert und nach Möglichkeiten der Lösung und deren Umsetzung gesucht.

Soweit es seine Zuständigkeit betraf, wurden ebenfalls die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB, sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius MdB, um Prüfung und Umsetzung der Beschlüsse gebeten.

Ebenfalls je nach Zuständigkeit und Beschlusslage wurden die Bundesministerien über die Beschlüsse unterrichtet und um Berücksichtigung in der Arbeit gebeten. Der Kontakt zu Fachreferenten aus den zuständigen Ministerien und des Bundestages, auch zwecks Austausches über die Beschlüsse und zur gegenseitigen Unterrichtung, wurde gepflegt.

Außerdem wurden die Beschlüsse in die Arbeit in den verschiedenen Gremien der Partei, vom CDU-Bundesvorstand, in dem der OMV-Bundesvorsitzende beratendes Mitglied ist und an dessen Sitzungen er teilnimmt, bis zur Konferenz der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer sowie der Landesgeneralsekretäre, in der die OMV durch ihren Hauptgeschäftsführer vertreten wird, hineingetragen.

Dadurch erlangten sowohl die jeweiligen Bundesvorsitzenden, Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Ministerpräsident Armin Laschet MdL,

als auch die Landesvorsitzenden bzw. sowohl der Bundes- als auch die Landesgeschäftsführer und -generalsekretäre der Partei Kenntnis darüber.

Auch wurden die Themen in Gesprächen des Bundesvorsitzenden und des Hauptgeschäftsführers mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak MdB, erörtert.

Beschluss 2 wurde überdies über OMV-Bundesvorstandsmitglied Werner Jostmeier in die Arbeit des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation eingebracht.

Beschluss 3 wurde erfolgreich in die Beratungen des 32. Parteitages der CDU Deutschlands in Leipzig eingebracht und dort verabschiedet. Die Herausgabe einer entsprechenden Sonderbriefmarke wurde jedoch vom zuständigen SPD-geführten Bundesministerium der Finanzen nicht verfügt.



Bundesgeschäftsstelle



Arbeit der Bundesgeschäftsstelle

Für die Bundesgeschäftsstelle stand im Berichtszeitraum wieder die Bewältigung einer Vielzahl von Aufgaben an. Hierbei half ein stets gutes und vertrauensvolles Verhältnis zu den anderen Vereinigungen der Union sowie zur CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Inhaltliche Arbeit

Eine wesentliche Aufgabe war die Vorbereitung inhaltlicher Aussagen bezüglich der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten für die Arbeit am Programm von CDU/CSU zur Wahl zum Deutschen Bundestag 2021 und zum noch nicht vollendeten neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Ergänzend hierzu wird der Wahlkampf bereits jetzt inhaltlich vorbereitet und eine Anzeigenkampagne für die vertretenen Zielgruppen empfohlen.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte ergaben sich u.a. durch die Konzeptionserarbeitung für die Einbindung von (Spät-)Aussiedlern in die CDU, durch das Jubiläum „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ 2020 oder durch die Eröffnung des „Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ der gleichnamigen Stiftung in Berlin.

Erneut konnten in enger Zusammenarbeit mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, dem Bund der Vertriebenen, den Landsmannschaften, den Bundesheimatgruppen, den Beauftragten katholischen Kirche sowie den Vertretern der Verbände der Deutschen in den Heimatgebieten aktuelle Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Volksgruppen vertreten und Lösungen vorgeschlagen werden.

Der Bundesvorsitzende nahm im Berichtszeitraum an Vertriebenen tagungen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene, an landsmannschaftlichen und kirchlichen Treffen sowie an Veranstaltungen der deutschen Volksgruppen in den Heimatgebieten teil.

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte den Bundesvorsitzenden bei der täglichen Arbeit. Neben der Erledigung der täglichen Korrespondenz, bildete die Vor- und Nachbereitung der Bundesvorstandssitzungen und der Bundesdelegiertentagung sowie weiterer Begegnungsveranstaltungen und Redeeinsätzen einen Schwerpunkt.

Als zentraler Ansprechpartner in Berlin stand sie zudem für zahlreiche Anfragen von Mitgliedern und Interessierten zur Verfügung.

Zudem fungierte die Bundesgeschäftsstelle weiterhin als Bindeglied zwischen den verschiedenen Vertriebenenorganisationen sowie der Gruppe der Vertriebenen,

Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Präsentation der OMV bei Veranstaltungen

Große Beachtung fand der Informationsstand der OMV auf dem 32. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig, der von Hauptgeschäftsführer Klaus Schuck, den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, Iris Schumann und Marc-P. Halatsch, sowie von tatkräftigen OMV-Mitgliedern aus Sachsen und Rheinland-Pfalz betreut wurde.

Der Stand war Treffpunkt nicht nur für den Vertriebenen nahestehende Delegierte und Politiker, sondern auch Ausgangspunkt für viele offene Gespräche und Diskussionen mit Gästen des Parteitages und Journalisten.

Die Diskussionen und Gespräche mit den Parteitagsbesuchern umfassten unter anderem die Themen:

- Erinnerungsjahr 2020 mit 75 Jahre Kriegsende und 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen,
- Bearbeitungsstand der „Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter“,
- Angabe eines falschen bzw. ausländischen Geburtslandes bzw. -ortes bei der Ausstellung von Personaldokumenten und Urkunden,
- Möglichkeiten zur Beseitigung von Nachteilen von Spätaussiedlern im Rentenrecht,
- Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen,
- Möglichkeiten zum Familiennachzug bei Aussiedlern und Spätaussiedlern,
- Lage der deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten,
- Situation der Vertriebenenkulturpolitik nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes,
- Fertigstellung der Dauerausstellung und Ausrichtung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“,
- aktuelle Arbeit der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die
- Ausstellungen des ZgV: „Erzwungene Wege“, „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel und Osteuropa“ und „Angekommen – Eine Ausstellung zur Integration der deutschen Heimatvertriebenen“ bzw. die Ausstellungstrilogie unter dem Titel „HeimatWeh“, „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ sowie die aktuellste Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“

Regen Austausch gab es auch mit anderen Parteivereinigungen sowie mit dem Stand des Netzwerkes Aussiedler der CDU Deutschlands.

Erfreulich war, dass sich gerade Jüngere an der Arbeit der OMV sehr interessiert zeigten. Einige Interessierte erklärten sich spontan zur aktiven Mitarbeit bereit bzw. traten der Organisation bei.



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bildete die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Diese wurde im Berichtszeitraum erfolgreich fortgesetzt.

Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Vertriebenen und Aussiedlerpresse wurden fortgeführt und zum Teil weiter vertieft. Zu aktuellen Themen wurden Pressemitteilungen oder Artikel verfasst, die vielfache Beachtung in den zahlreichen Organen der Vertriebenenpresse fanden, aber auch in einigen Mitgliederpublikationen der CDU und CSU abgedruckt wurden. Daneben gelang es gelegentlich, Stellungnahmen und Pressemitteilungen in der (über-)regionalen Presse sowie in der Auslandspresse zu platzieren.

Anlässlich von Bundestreffen anderer Unions-Vereinigungen wurden Grußworte an diese gerichtet und versandt bzw. deren Treffen besucht. Das Faltblatt sowie die Broschüre über Ziele und Aufgaben der OMV wurden regelmäßig redaktionell überarbeitet und neu aufgelegt. Außerdem wurden die drei Flugblätter zu Kernthemen der OMV anlässlich öffentlicher Veranstaltungen an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Eine PowerPoint-Präsentation zur Vorstellung der Geschichte, der Anliegen und der Personalien der OMV kann für Vorträge zur Verfügung gestellt werden.

Zudem wurde der Internet-Auftritt gepflegt, gestalterisch überarbeitet und stetig erweitert. Die eigene Internetpräsenz wird durch informative Seiten in der CDU-eigenen Mitgliederplattform CDUplus ergänzt. Pressemitteilungen, Artikel, Grußworte sowie Berichte über die Delegiertentreffen bei Parteitag und über die jeweiligen Bundesvorstandssitzungen werden dort veröffentlicht.

Über für die OMV eingerichtete Facebook- und Twitter-Profilen können Inhalte auch in den sozialen Netzwerken geteilt, über Veranstaltungen informiert und auf thematisch verwandte Inhalte hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass immer mehr Mitglieder und Interessenten die Informationsmöglichkeiten über das Internet nutzen, per E-Mail um weitergehende Informationen bitten oder den elektronischen Antrag auf Mitgliedschaft nutzen, um der OMV beizutreten.

Personal der Bundesgeschäftsstelle

Ansprechpartner in der OMV-Bundesgeschäftsstelle sind:

- Diplom-Volkswirt Klaus Schuck, Hauptgeschäftsführer
- Marc-P. Halatsch, Presse/Organisationsreferent
- Iris Schumann, Sekretariat

Der Bundesvorsitzende ist regelmäßig, das heißt in Sitzungswochen des Deutschen Bundestages, zur Teilnahme bei der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie zu den Gremien-

sitzungen des CDU-Bundesvorstandes sowie der von ihm besuchten CDU-Bundesausschüsse in der OMV-Bundesgeschäftsstelle in Berlin anwesend.

Finanzielle Mittel

Die Vereinigung hat keine eigenen Einnahmen. Insofern entfällt ein Bericht des satzungsgemäßen Schatzmeisters.

Die Position der Schatzmeisterin nimmt Iris Ripsam wahr.

Die Mittelbereitstellung beim CDU-Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister der CDU wurde vom OMV-Bundesvorsitzenden und dem OMV-Hauptgeschäftsführer erreicht.

CDU und CSU tragen finanzielle Anforderungen jeweils für ihren Bereich.

Trotz allgemeiner Sparmaßnahmen und Kürzungen bei fast allen Vereinigungen wurden die Mittel für die OMV nach begründetem Antrag erneut in unveränderter Höhe zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten in der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung erfolgt durch den CDU-Bundesvorstand, in den der OMV-Bundesvorsitzende kooptiert ist.

Die Buchhaltung der OMV-Bundesgeschäftsstelle ist voll in die CDU-Bundesgeschäftsstelle der CDU integriert und unterliegt daher der Kontrolle der CDU-Wirtschaftsprüfer wie der vom jeweiligen CDU-Parteitag gewählten Kassenprüfer gemäß den Bestimmungen des Parteiengesetzes.



Vertreibungen weltweit ächten Heimat ist Menschenrecht



Landmannschaften

Durch klicken auf die Wappen gelangen Sie zu den einzelnen Landmannschaften.



AKTUELLES



09.06.2021
Traditionelle Wallfahrt der
Minderheiten auf den
oberschlesischen St. Annaberg

10.05.2021
#ausverantwortung
Vertreibung

Anlage: Pressemitteilungen
im Berichtszeitraum



WICHTIGE SIGNALE AM DIESJÄHRIGEN 17. JUNI

16.06.2021

Stasi-Unterlagen beim Bundesarchiv – SED-Opferbeauftragte berufen

Zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes am 17. Juni 2021 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Freiheit, Demokratie und die Einheit Deutschlands: Das waren neben der Überwindung purer materieller Not die Ziele der vielen mutigen Menschen in der damaligen DDR, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen und gegen die Regierung aufbehrten. Jahr um Jahr wollen und müssen wir an die Opfer dieses Tages erinnern – und daran, dass damals die Maske vorgeschobener Menschenfreundlichkeit fiel und die wahre Fratze des kommunistischen Unrechtsregimes und seiner Verbündeten sichtbar wurde.

Unter DDR-Oppositionellen wurde der 17. Juni zu einem Symbol für die Freiheit, die den Bürgern noch auf Jahrzehnte verwehrt bleiben sollte. Im Westen der deutsch-deutschen Grenze wurde der 17. Juni zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ und zu einem der wichtigsten Symbole für den gemeinsamen Kampf für die Einheit Deutschlands.

An diesem historisch und symbolisch so bedeutsamen Tag wird in diesem Jahr etwas erfolgen, was Roland Jahn, der bisher amtierende Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, auf unserer OMV-Bundesdelegiertentagung 2019 auf beeindruckende Weise bereits vorgezeichnet hat: Die Aktenbestände der Stasi-Unterlagenbehörde werden in die Verantwortung des Bundesarchivs überführt.

Dies ist ein wichtiges Signal an sämtliche Opfer des DDR-Regimes, dass ihr Schicksal für die Nachwelt dokumentiert bleibt und weiter erforscht werden kann – und dass sie auch in Zukunft Auskünfte darüber einholen können, welche Daten von wem über sie gesammelt wurden. Ergänzt und vervollständigt werden diese Akten mit den Beständen der SED-Akten in Berlin-Lichterfelde und den Akten der Zentralen Erfassungsstelle für SED-Unrecht in Salzgitter.

Ebenso wichtig ist es, dass das Amt des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen nunmehr in das einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur umgewandelt wurde und somit ein breiteres Spektrum abdecken wird. Bereits am 10. Juni 2021 hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die ehemalige DDR-Oppositionelle Evelyn Zupke in dieses neue Amt gewählt. Es ist gut, dass damit sämtliche Opfer des DDR-Unrechtsregimes jetzt auch auf Bundesebene eine gemeinsame Ansprechpartnerin haben.

Der 17. Juni wird auch weiterhin einer unserer wichtigsten deutschen Gedenktage bleiben.

ALS GROSSES TEAM INS WAHLJAHR 2021

16.01.2021

OMV gratuliert Armin Laschet und dankt Annegret Kramp-Karrenbauer

Zur Wahl von Armin Laschet zum neuen Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Ich gratuliere Armin Laschet zu seinem neuen Amt als Vorsitzender unserer CDU Deutschlands und wünsche ihm für diese wichtige Aufgabe in dieser schwierigen Zeit vor allem eine stabile Gesundheit, den Rückhalt sämtlicher Strömungen unserer Volkspartei und allezeit gutes Gelingen.

Die OMV freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Parteivorsitzenden. Armin Laschet hat in Nordrhein-Westfalen als CDU-Landesvorsitzender und als Ministerpräsident die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarländern nicht nur in das dortige Grundsatzprogramm und in den Landtagswahlkampf aufgenommen. Er hat auch „geliefert“, indem er etwa einen Landesbeauftragten für unsere Themen erstmals eingesetzt, NRW Patenschaften zu den Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und der Oberschlesier reaktiviert bzw. intensiviert oder die Arbeit vor Ort gestärkt hat.

Mit seiner Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2019 hat er überdies deutlich gemacht, dass es viele Themen gibt, die außerhalb von kurzzeitigen Trends von Beginn an für die CDU von Bedeutung waren, dies noch heute sind und es auch in Zukunft bleiben werden: Ein geeintes Europa und der dafür nötige, grenzüberschreitende Einsatz der Vertriebenen und Aussiedler etwa, dem auch die OMV verpflichtet ist, gehört fest dazu.

Mit dem Parteitag geht ein fairer parteiinterner Wahlkampf zu Ende. Dafür gebührt auch den unterlegenen Kandidaten Friedrich Merz und Dr. Norbert Röttgen großer Respekt. Nun muss gelten, was alle drei Kandidaten sich auf die Fahnen geschrieben hatten: als ein großes Team, als Volkspartei, das Wahljahr 2021 in Angriff zu nehmen. Die OMV wird sich dafür einsetzen, dass unsere Themen – von der grenzüberschreitenden Arbeit, über die Vertriebenen-Kulturpolitik und die Eingliederung unserer Spätaussiedler bis hin zu Unterstützung der deutschen Minderheiten – programmatisch sichtbar werden.

Herzlich danken möchte ich der scheidenden Vorsitzenden, Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer für ihren unermüdlichen Einsatz an der Parteispitze. Sie hatte als Parteivorsitzende, aber auch schon als Generalsekretärin stets ein offenes Ohr für unsere Anliegen.

OMV BEGRÜSST DIE AUFWERTUNG DER ARBEIT DER HESSISCHEN LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR HEIMATVERTRIEBENE UND SPÄTAUSSIEDLER

12.01.2021

Vorwürfe der Opposition haltlos

Zu den Anschuldigungen der „Vetternwirtschaft“ bei der Umwandlung der Stelle der hessischen Landesbeauftragten von Ehrenamt zu Hauptamt erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mittel-deutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Die offenkundige Wertschätzung, die das Amt der hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler mit der Aufwertung ihrer Stelle erfährt, begrüße ich ausdrücklich. In ihr zeigen sich nicht nur sichtbar gesteigener Arbeitsaufwand und vorzuweisende Erfolge in der langjährigen Tätigkeit der Landesbeauftragten. Sie erfolgt auch formal und inhaltlich vollständig begründet auf der Grundlage des Koalitionsbeschlusses zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

Manche Linke in Hessen hingegen sind anscheinend noch in der Zeit des Kalten Krieges steckengeblieben. Sie sollten einmal mit ihrem Genossen Bodo Ramelow sprechen, der die Arbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände in Thüringen immer wieder öffentlich anerkennt und finanziell fördert.

Einigen hessischen FDP-Politikern, die sich jetzt äußern, täte der Meinungs-austausch mit ihren Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen gut, wo in der Koalition mit der CDU die vertriebenenpolitische Arbeit intensiviert und ein Landesbeauftragter erstmals eingesetzt wurde – mit sehenswerten Resultaten.

Und auch der hessischen SPD liegen offenbar Skandalisierungen näher als Sacharbeit und parteiinterner Austausch. So könnte sie im Freistaat Sachsen sehen, dass dort ein auch unter ihrer Regierungsverantwortung eingesetzter hauptamtlicher Landesbeauftragter gute Arbeit leistet.

Klar wird aus diesen Äußerungen, dass Vertretern dieser Parteien – SPD, FDP oder Linke – in Hessen das Amt des Landesbeauftragten sicher nicht angetragen werden kann, sondern dass mit Margarete Ziegler-Raschdorf eine aufopferungsvoll tätige und bestens qualifizierte ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete gerechtfertigt dieses nunmehr angemessen vergütete Amt bekleidet. Die Vorwürfe der Opposition sind somit haltlos.

Insbesondere Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth ist es zu verdanken, dass Hessens vorbildliches Engagement in der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik konsolidiert und weiter verbessert werden kann. Die hessische Regierung hat die Zukunftschancen in der Kulturpolitik, in der Verständigungspolitik sowie in der Integrationspolitik erkannt, die mit der Erfüllung der nach wie vor gültigen Aufträge aus dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz verbunden sind.

Damit zeigt sich einmal mehr, dass die CDU ein verlässlicher Partner an der Seite der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten ist.

INTERNATIONAL SICHTBARES MAHNMAL DER UNFREIHEIT UND REPRESSION

13.08.2020

OMV erinnert an Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961

Zum 59. Jahrestag des Beginns des Mauerbaus in Berlin erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Am 13. August 1961 begann das DDR-Unrechtsregime mit dem Bau der Mauer. Dieser Tag darf niemals in Vergessenheit geraten. Aus Stein gemauert und in Beton gegossen erhob sich fortan in Berlin ein international sichtbares Mahnmahl dafür, wie der Kommunismus eine gerechtere Gesellschaft und einen besseren Menschen erreichen wollte: mit Unfreiheit und Repression, mit Stacheldraht und Todesstreifen.

Immer wieder muss man sich bewusst machen, was diese Grenzbefestigung bedeutete: Familien wurden voneinander abgeschnitten. Tausende Menschen vertrieb man aus ihren Häusern und Wohnungen im grenznahen Bereich. Mehrere hundert Freiheitsliebende kamen beim Versuch, aus dem kommunistischen Unrecht zu entkommen, ums Leben oder wurden von DDR-Grenzern getötet. Noch 1989 starben dabei allein in Berlin drei Menschen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass solchen Unrechtsgrenzen mit friedlichen Mitteln beizukommen ist: Hunderttausende Bürger der DDR haben dies eindrucksvoll bewiesen. Ein sensibler Umgang mit den Werkzeugen der Diplomatie – u.a. durch Helmut Kohl, George Bush senior und Michail Gorbatschew – hat dem Mauerfall und der Wiedervereinigung den Weg bereitet. Und einen wichtigen Teil dazu beigetragen hat auch, dass von westdeutscher Seite aus durch die OMV und die Unionsparteien stets die Überzeugung vertreten wurde, dass die Teilung Deutschlands überwunden werden kann und wird.

Freiheit und Demokratie lassen sich weder einmauern noch auf Dauer unterdrücken. Dies führt die Geschichte der Berliner Mauer allen Völkern weltweit vor Augen, und daher müssen wir auch das Gedenken an den Mauerbau lebendig erhalten.

70 JAHRE CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

06.08.2020

Ein Grundstein unserer Demokratie

Zum 70. Jubiläum der Vertriebenen-Charta erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mittel-deutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Gestern vor 70 Jahren unterzeichnet – heute vor 70 Jahren verkündet: Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen erzeugte 1950 innen- wie außenpolitisch besondere Aufmerksamkeit. Sie nahm die der schlechten sozialen Lage geschuldete Unruhe der Vertriebenen auf und lenkte die darin sichtbar werdenden Energien in Richtung des Wiederaufbaus und einer Abmilderung der erlittenen Verluste. Sie zeichnete eine frühe Vision eines freien und geeinten Europa, wofür der Verzicht auf Rache und Vergeltung zentral und Verständigungsbereitschaft notwendig waren – und wo auch das Recht auf die Heimat für alle Menschen Wirklichkeit werden könnte. Außerdem ordnete sie Flucht und Vertreibung als Weltproblem ein, dem nur in gemeinsamer internationaler Anstrengung zu begegnen sei.

Damit war die Charta von Beginn an auf eine friedvolle Zukunft in Europa und in der Welt ausgerichtet. Zu Recht hat sie Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble jüngst als ein „Grundstein unserer Demokratie“ bezeichnet. Es ist gut, dass der Bund der Vertriebenen eine Deklaration veröffentlicht hat, in der nach wie vor aktuelle Forderungen dieses wegweisenden Dokumentes nochmals deutlich herausgestellt werden.

Auch für die CDU und die OMV hat das Charta-Jubiläum eine besondere Bedeutung. Von Anfang an waren viele Heimatvertriebene Mitglieder der CDU. Dr. Hans Lukaschek etwa, ehemaliger Zentrums-Politiker und ehemaliger Oberpräsident von Oberschlesien, hatte in Berlin gemeinsam mit dem aus Ratibor vertriebenen Prälaten Carl Ulitzka (ebenfalls Zentrum) an der Gründung der CDU mitgewirkt. Am 6. August 1950 sprach Lukaschek als erster Bundesvertriebenenminister auf dem Platz vor dem Neuen Schloss in Stuttgart zu den Anwesenden, würdigte die Charta und nahm aus der Erfahrung dieses ersten Tags der Heimat sicher den noch dringlicheren Auftrag mit nach Bonn, den Lastenausgleich und die Vertriebenengesetzgebung voranzutreiben.

Zusammen mit ihren Vorläufern – den Landesflüchtlingsausschüssen der CDU und der CSU sowie dem Landesverband Oder-Neiße der CDU – verbindet die OMV die Unionsparteien seit über 70 Jahren eng mit den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und ihren Verbänden sowie mit den in der Heimat verbliebenen Deutschen. Gradmesser dafür ist auch die Parteiprogrammatik, in der sich aktuelle Anliegen und die in der Charta vertretenen, zeitlosen Werte stets wiederfinden.

Das empathische und in die Zukunft weisende Grußwort der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer zum Charta-Jubiläum bietet Anlass zur Hoffnung, dass entsprechende Formulierungen auch in das neue Grundsatzprogramm der CDU einfließen werden.

8. MAI 1945 WAR KURZES AUFATMEN IN DER GESCHICHTE EUROPAS

07.05.2020

„Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ ist nicht „Tag der Befreiung“

Zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Am 8. Mai 1945 ging die dunkelste Phase der deutschen Geschichte zu Ende. Die Welt wurde von der Geißel des deutschen Nationalsozialismus befreit. Das unvorstellbare Grauen des Holocaust, Rassenverfolgung und Euthanasie, Vertreibungen und Zwangsarbeit, europaweite Unterdrückung und Knechtschaft im Zeichen des Hakenkreuzes waren endlich vorbei. Sich dieser dunkelsten Seite deutscher Vergangenheit immer wieder von Neuem zu stellen, der Millionen Opfer Nazi-Deutschlands zu gedenken und Verantwortung dafür zu übernehmen, dass so etwas nie wieder geschieht, bleibt notwendig für heute und alle Zeiten. Dennoch darf dieses Gedenken nicht verkürzt werden.

Der 8. Mai 1945 war ein kurzes Aufatmen in der Geschichte Europas. Doch nach dem Luftholen füllten vielerorts andere Diktaturen das entstandene Machtvakuum. Nahezu sämtliche Länder Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas, aber auch die Bürger der SBZ/DDR gerieten bald schon unter stalinistisch-kommunistische Knute. Mehr als vier weitere Jahrzehnte dauerte dort das Ringen um eine wirkliche Befreiung.

Ebenso gilt es, an das Schicksal der Millionen Deutschen zu erinnern, die gerade zu Kriegsende auf der Flucht waren vor der Rache der Roten Armee oder die noch bis 1949 völkerrechtswidrig aus ihrer zum Teil seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben wurden. Es gilt, derjenigen Deutschen zu gedenken, die als Zivilpersonen zu Kriegsbeginn und zu Kriegsende in unwirtliche Gegenden der Sowjetunion oder andernorts deportiert und dort über Jahre zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Und es gilt, sich vor Augen zu führen, dass unzählige Frauen Opfer von Massenvergewaltigungen wurden – was zynischerweise auch heute noch als „allgemeines Kriegsfolgeschicksal“ eingeordnet wird.

Der „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ ist für unsere Geschichte ein wichtiger und prägender Tag. Er ist für mich jedoch nicht der „Tag der Befreiung“.



OMV-ANTRAG ERFOLGREICH: CDU FÜR SONDERBRIEFMARKE ZU FLUCHT UND VERTREIBUNG

27.11.2019

Bundesregierung soll Veröffentlichung zum 20. Juni 2020 veranlassen

Zu den Beschlüssen des 32. Parteitages der CDU Deutschlands in Leipzig erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die Delegierten des 32. Parteitages der CDU in Leipzig den direkt von der OMV eingebrachten Antrag angenommen haben. Wörtlich wurde beschlossen:

„Die CDU Deutschlands ersucht die Bundesregierung, im Jahr 2020 anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges die Herausgabe einer Sonderbriefmarke zu veranlassen, die zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2020 veröffentlicht wird.“

Die Delegierten haben damit ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass Schicksal und Anliegen der Vertriebenen auch mehr als sieben Jahrzehnte nach Kriegsende gesamtgesellschaftlicher Aufmerksamkeit bedürfen. Die CDU bleibt ein wichtiger Partner der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Verbände.

Es stände auch den heutigen Sozialdemokraten gut an, in der Nachfolge einiger ihrer prägenden Köpfe, wie z.B. Paul Löbe aus Liegnitz/Niederschlesien oder Kurt Schumacher aus Kulm/Westpreußen, dieses Anliegen einer Sonderbriefmarke aufzugreifen und umzusetzen.

MAUERFALL WAR TOR ZUR FREIHEIT UND TOR ZUR HEIMAT

08.11.2019

OMV erinnert an Bedeutung des Mauerfalls

Anlässlich des 30. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Mit der Friedlichen Revolution und dem Fall der Berliner Mauer am 9. November vor 30 Jahren öffnete sich für die Bürger der DDR ein Tor zur Freiheit. Einer Freiheit nach außen wie nach innen – wie auch der Blick auf die deutschen Heimatvertriebenen zeigt, die in der DDR ein neues Zuhause gefunden hatten. Sie gewannen mit dem Ende der DDR ihre Bekenntnisfreiheit und konnten endlich offen über ihr Vertreibungsschicksal sowie dessen Verharmlosung und Unterdrückung im kommunistischen Unrechtsstaat sprechen.

Dies gilt auch für diejenigen Menschen, die vom SED-Regime selbst um Haus, Hof und Heimat gebracht wurden, wie etwa die Opfer der sogenannten Grenzereinigungsmaßnahmen „Aktion Ungeziefer“ oder „Aktion Kornblume“.

Diese Schicksale aufzuarbeiten, der Betroffenen sichtbar zu gedenken und Wiedergutmachung zu leisten, bleiben wichtige Anliegen, für die auch die OMV eintritt.

Für die Vertriebenen und Aussiedler in der Bundesrepublik wiederum öffnete sich mit dem Mauerfall und den politischen Umbrüchen in den Ländern des Ostblocks ein Tor zur Heimat. Jahrzehnte, nachdem mit dem Eisernen Vorhang eine gleichermaßen ideologische wie materielle Grenze Europa zerteilt hatte, konnten sie sich nun sehr viel leichter für einen der wichtigsten Aufträge der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 einsetzen: die Schaffung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

Gemeinsam mit den deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarländern, die damals ebenfalls ihre Bekenntnisfreiheit wiedererlangten, haben die Vertriebenen und ihre Verbände bis heute tragfähige Brücken der Verständigung in Europa errichtet und engagieren sich erfolgreich für gutnachbarschaftliche Verhältnisse.

Mit dem Blick auf die historische Dimension des 9. November – die Reichspogromnacht 1938 – bleiben die Errungenschaften des Jahres 1989 mahnende Aufträge. Wer Freiheit und Heimat ernsthaft will, darf niemals zulassen, dass Mitbürger ausgegrenzt, terrorisiert, vertrieben oder gar ermordet werden. Um Freiheit zu sichern und eine lebenswerte Heimat zu ermöglichen, braucht es ein gesamtgesellschaftliches Miteinander, das extremistischen Tendenzen einen Riegel vorschiebt.





omv.cdu.de



facebook.com/OMVBundesverband



twitter.com/OMVBund

Herausgeber:

OMV-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
omv.cdu.de/kontakt